

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK
(DIE)

**Maßnahmen zur Stärkung von
Corporate Social Responsibility
in der Entwicklungszusammenarbeit
europäischer Institutionen
und ausgewählter europäischer Geberländer**

Dr. Brigitte Hamm
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

unter Mitarbeit von
Manuela Aye, Ingrid Lovric, Thorsten Nilges
(Studierende im Fach Politikwissenschaft
Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg)

Bonn, Mai 2004

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	7
VORWORT	9
1. ZUM KONZEPT VON CSR	10
1.1 CORPORATE GOVERNANCE.....	10
1.2 CSR ALS VERPFLICHTUNG UND WETTBEWERBSVORTEIL.....	11
1.3 SKEPSIS GEGENÜBER UNVERBINDLICHEN KONZEPTEN.....	13
2. ÜBERBLICK ÜBER DIE CSR-AKTIVITÄTEN IN GROßBRITANNIEN, SCHWEDEN UND DEN NIEDERLANDEN.....	14
2.1 GROßBRITANNIEN	18
2.2 SCHWEDEN.....	21
2.3 NIEDERLANDE.....	23
2.4 ZUSAMMENFASSENDER BETRACHTUNG DER WICHTIGSTEN CSR-AKTIVITÄTEN.....	25
3. INSTRUMENTE FÜR DIE STÄRKUNG VON CSR IN GROßBRITANNIEN, IN SCHWEDEN UND DEN NIEDERLANDEN.....	26
3.1 INTERNATIONALE INSTRUMENTE ZUR STÄRKUNG VON CSR.....	27
3.1.1 VORRANG FÜR DIE OECD-LEITSÄTZE IN DEN NIEDERLANDEN UND IN SCHWEDEN.....	30
3.1.2 ZUM EINSATZ DER <i>SUSTAINABLE REPORTING GUIDELINES</i> DER GRI	31
3.1.3 ZUSAMMENFASSENDER BETRACHTUNG ÜBER DEN EINSATZ INTERNATIONALER INSTRUMENTE FÜR CSR.....	32
3.2 ANREIZSYSTEME ZUR STÄRKUNG VON CSR IN AUSGEWÄHLTEN EU-LÄNDERN	33
3.2.1 ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE IN DER EU UND IN DEN NIEDERLANDEN.....	34
3.2.2 DIE VERKNÜPFUNG VON EXPORTKREDITEN, KREDITBÜRGSCHAFTEN UND INVESTITIONSGARANTIEEN MIT CSR.....	36
3.2.3 ZERTIFIZIERUNG ALS INSTRUMENT EINER CSR-POLITIK.....	37
3.2.4 DIE VERLEIHUNG VON CSR-PREISEN	39
3.2.5 INITIATIVEN FÜR ETHISCHES INVESTIEREN.....	42
3.2.6 ZUSAMMENFASSENDER BETRACHTUNG DES EINSATZES UNTERSCHIEDLICHER ANREIZSYSTEME FÜR DIE STÄRKUNG VON CSR.....	45

4. BEWUSSTSEINSBILDUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG VON CSR IN GROßBRITANNIEN, SCHWEDEN UND DEN NIEDERLANDEN	47
4.1 ZUR AUFKLÄRUNG VON VERBRAUCHERINNEN	48
4.2 BEISPIELE FÜR <i>AWARENESS RAISING</i> BEI UNTERNEHMEN UND BESCHÄFTIGTEN IN GROßBRITANNIEN UND AUF EUROPÄISCHER EBENE	48
4.3 <i>STRATEGIC GRANT AGREEMENTS</i> VON DFID	49
4.4 ZUSAMMENFASSUNG DER DURCHGEFÜHRTEN MAßNAHMEN FÜR DIE BEWUSSTSEINSBILDUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG VON CSR	50
5. MULTISTAKEHOLDER-PROZESSE ZUR UNTERSTÜTZUNG VON CSR IN GROßBRITANNIEN, SCHWEDEN UND DEN NIEDERLANDEN	51
5.1 DIE ETHICAL TRADING INITIATIVE	53
5.2 ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG VON MULTISTAKEHOLDER-INITIATIVEN ALS BESTANDTEIL DER CSR-POLITIK	55
6. EMPFEHLUNGEN FÜR EINE STÄRKERE EINBINDUNG VON CSR IN DIE DEUTSCHE EZ	56
6.1 ALLGEMEINE EMPFEHLUNGEN FÜR EINE DEUTSCHE CSR-POLITIK: <i>MAINSTREAMING</i> UND PROFILBILDUNG	56
6.2 SPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN FÜR EINE DEUTSCHE CSR-POLITIK	58
6.2.1 EMPFEHLUNGEN FÜR DIE NUTZUNG INTERNATIONALER INSTRUMENTE	58
6.2.2 EMPFEHLUNGEN ZUR MOBILISIERUNG FÜR CSR DURCH ANREIZE	59
6.2.3 EMPFEHLUNGEN ZUR STÄRKUNG VON CSR DURCH BEWUSSTSEINSBILDUNG	60
6.2.4 EMPFEHLUNGEN ZUR STÄRKUNG VON CSR DURCH MULTISTAKEHOLDER-PROZESSE	62
6.3 PRIORISIERUNG	62
LITERATURLISTE	64

Abbildungsverzeichnis

TABELLEN

TABELLE 1:	TYPOLOGISIERUNG VON CSR	12
TABELLE 2:	EUROPEAN CSR MATRIX	15
TABELLE 3:	BETEILIGUNG VON UNTERNEHMEN AN INTERNATIONALEN INSTRUMENTEN	31

KÄSTEN

KASTEN 1:	SIEBEN THEMEN DER CSR-MATRIX	14
KASTEN 2:	INTEGRITÄTSPAKT VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL	36
KASTEN 3:	DER TRIGOS-PREIS IN ÖSTERREICH	41
KASTEN 4:	GLOBAL ETHICAL STANDARD	42
KASTEN 5:	EUROPEAN ACADEMY ON CSR	49
KASTEN 6:	NORDIC PARTNERSHIP	52
KASTEN 7:	VERPFLICHTUNGEN VON ETI-MITGLIEDERN FÜR DIE UMSETZUNG DES BASE CODES	55

ABBILDUNGEN

ABBILDUNG 1:	ZUR VERBINDLICHKEIT INTERNATIONALER CSR-INSTRUMENTE	32
ABBILDUNG 2:	MULTISTAKEHOLDER-DIALOG	51
ABBILDUNG 3:	ZULIEFERKETTE EINES ETI-MITGLIEDS	54

Abkürzungsverzeichnis

ACCA	Association of Chartered Certified Accountants, Irland
AFNOR	Association française de normalisation, Frankreich
AVE	Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V.
BITC	Business in the Community, Großbritannien
BMA	British Medical Association
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CC	Corporate Citizenship
CERES	Coalition for Environmentally Responsible Economies
CfD	Connections for Development
CIPFA	Chartered Institute of Public Finance and Accountancy
CITE	Comissão para a Igualdade no Trabalho e no Emprego, Portugal
CJDES	Centre des Jeunes Dirigeants et acteurs d’Economie Sociale, Frankreich
CORE	Corporate Responsibility
CR Index	Corporate Responsibility Index
CSR	Corporate Social Responsibility
DFID	Department for International Development, Großbritannien
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DTI	Department for Trade & Industry, Großbritannien
ECGD	Export Credits Guarantee Department, Großbritannien
EG	Europäische Gemeinschaft
EITI	Extractive Industry Transparency Initiative
ETI	Ethical Trading Initiative
EU	Europäischen Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FCO	Foreign and Commonwealth Office, Großbritannien
FES	Fundación Empresa y Sociedad, Spanien
FIBS	Finnish Business & Society
FLO	FairTrade Labelling Organization
FLP	Flower Label Program
GC	Global Compact
GDO	Grande Distribuzione Organizzata, Italy
GES	Global Ethical Standard
GRI	Global Reporting Initiative
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
HR	Human Rights
IBLF	International Business Leaders Forum
ICN	India Committee of the Netherlands

ILO	International Labour Organization
IMS	Institut du Mécénat de Solidarité, Frankreich
IV	Industrielle Vereinigung, Österreich
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Ltd.	Limited
NCP	National Contact Points, Nationale Kontaktstellen für die OECD-Leitsätze
NHO	Confederation of Norwegian Business and Industry
NIDO	National Initiative for Sustainable Development, Niederlande
NRO	Nichtregierungsorganisationen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ORSE	Observatoire sur la responsabilité sociale des entreprises, Frankreich
PPP	Public Private Partnership
PR	Public Relations
SA 8000	Social Accountability International
SAM	Schweizerischer Auto und Motorradfahrer-Verband
SEC	US Securities and Exchange Commission
SER	Sociaal-Economische Raad, Niederlande
SGA	Strategic Grant Agreements, Großbritannien
SIDA	Swedish International Development Agency
SiRi	Sustainable Investment Research International Ltd.
SME	Small and medium enterprises
SRG	Sustainable Reporting Guidelines
SRI	Socially Responsible Investing
TBLI	Triple Bottom Line Investing Conference
TI	Transparency International
TNK	Transnationale Konzerne
TOD	Transparency Obligations Directive
TUC	Trade Union Congress, Großbritannien
TZ	Technische Zusammenarbeit
UK	Großbritannien
UN	United Nations
UNEP	United Nations Environment Programme
US	United States
USA	United States of America
WKO	Wirtschaftskammer Österreich
WWF	World Wildlife Fund

Vorwort

Die soziale Verantwortung von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility, CSR*) ist zu einem Schlagwort geworden, das die Verantwortung und das Engagement transnationaler Konzerne (TNK), aber auch kleiner und mittlerer Unternehmen für die Einhaltung international anerkannter Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards vor allem bei ihren Geschäftsaktivitäten in Entwicklungsländern zum Ausdruck bringen soll.

Ziel der vorliegenden Studie ist es, die Erfahrungen wichtiger europäischer Geberstaaten und europäischer Institutionen bei der Entwicklung und Stärkung von CSR auszuwerten. Dabei geht es neben einem Überblick über die vielfältigen Aktivitäten zu CSR vor allem darum, wichtige Erfahrungen (*best practice*) zu dokumentieren und für die deutsche EZ nutzbar zu machen. Darauf aufbauend werden Empfehlungen für die deutsche EZ formuliert.

Vor allem zwei Gründe sprechen für die Beschränkung auf den europäischen Raum:

- CSR-Aktivitäten haben in Europa Hochkonjunktur. Dies belegen die erschienenen Berichte "It simply works better 2002 - 2003" und "It simply works better 2003 - 2004" des Unternehmensnetzwerkes *European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign)*.¹
- Deutschland hat im Verbund mit anderen europäischen Staaten die Möglichkeit, europäische CSR-Politik mitzugestalten.

Nach einer Einführung in das CSR-Konzept liefert ein eigenes Kapitel zunächst einen Überblick über die CSR-Politiken dreier europäischer Staaten, nämlich Großbritanniens, Schwedens und der Niederlande, um die spezifischen CSR-Profile dieser Länder herauszuarbeiten. Im Anschluss daran werden zentrale Einzelthemen von CSR diskutiert. Dabei geht es vorrangig um folgende Fragen:

- Welche internationalen Instrumente zur Unterstützung staatlicher CSR-Politik kommen schwerpunktmäßig in diesen Ländern zum Einsatz?
- Welche Anreize für Unternehmen existieren, um CSR-Ziele zu verfolgen?
- Wie wird für CSR ‚geworben‘? Welche Maßnahmen dienen der Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und der Sensibilisierung von AkteurInnen, die in geschäftlichen Beziehungen zu Entwicklungsländern stehen?
- In welcher Weise werden Multistakeholder zur Unterstützung von CSR einbezogen?

1 Vgl. CSR Campaign (2000) und (2003a).

Hier soll darauf hingewiesen werden, dass sich die verschiedenen eingesetzten Instrumente häufig überschneiden. So stellt beispielsweise die Zertifizierung durch Siegel nicht nur einen Anreiz für die ProduzentInnen und den Handel dar, sondern ist auch ein wichtiges Mittel für die Aufklärung der Bevölkerung über Qualitätsstandards. Eine Evaluation der Wirkungen der vorgestellten Maßnahmen ist nur zum Teil möglich. Unabhängig von der konkreten Umsetzung erscheinen aber einige der hier diskutierten Initiativen so interessant und innovativ, dass bereits der Ansatz Anregungen für die zukünftige CSR-Politik in Deutschland bietet. Die Studie basiert überwiegend auf der Analyse von Dokumenten, Internetseiten und z. T. auf Interviews.

1. Zum Konzept von CSR

Bei den Diskussionen über die Steuerung und Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung geht es immer auch um die Rolle und die besondere Verantwortung der Privatwirtschaft, insbesondere großer Konzerne. Diese Verantwortung wird als *Corporate Governance* oder auch als CSR erfasst. An Stelle von CSR wird, z.T. auch der Begriff *Corporate Citizenship* verwendet.²

1.1 Corporate Governance

Das Konzept von *Corporate Governance* orientiert sich an der Vorstellung von *Good Governance*, das Ende der 1980er Jahre von der Weltbank zur Kennzeichnung guter Regierungsführung eingeführt wurde. Ähnlich bezieht sich *Corporate Governance* auf die verantwortliche Führung eines Unternehmens beispielsweise durch Transparenz und Rechenschaftslegung. *Corporate Governance* ist keine freiwillige Entscheidung eines Unternehmens, sondern wird für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung vorausgesetzt. Das von der Weltbank gemeinsam mit der OECD 1999 eingerichtete *Global Corporate Governance Forum* will eine gute Unternehmensführung und entsprechende Reformen u. a. durch *institution building* und *know how* stärken.³

2 Bei *Corporate Citizenship* wird die Idee des Gesellschaftsvertrags übertragen auf das einzelne Unternehmen, das analog zum Bürger in modernen Gesellschaften als unternehmerischer Bürger ebenfalls über Rechte und Pflichten verfügt. Für Bernhard Seitz (2002) geht es dabei um die Rechte (zu Investitionen und auf Gewinnerorientierung) und Pflichten (zur Regelbefolgung) von Unternehmen und weniger um eine normativ bestimmte soziale Verantwortung (Verpflichtung) der Unternehmen.

3 Vgl. <http://www.cgcf.org/about.htm>.

1.2 CSR als Verpflichtung und Wettbewerbsvorteil

CSR wird in der Regel als "soziale Verantwortung der Privatwirtschaft" übersetzt. Hier soll CSR entsprechend der Mitteilung der EU-Kommission als „ein Konzept [verstanden werden], das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Tätigkeit und in die Wechselbeziehung mit den Stakeholdern zu integrieren.“⁴ Als wünschenswert benennt die EU-Kommission mehr Konvergenz und Transparenz in folgenden Bereichen:

1. Verhaltenskodizes,
2. Managementstandards,
3. Performance, Berichterstattung, Vertrauensbildung,
4. Gütesiegel und
5. Sozial verantwortliches Investieren.⁵

Ziel von CSR ist es, den wirtschaftlichen Globalisierungsprozess nach international anerkannten Standards menschlicher und gerechter zu gestalten. Dabei geht es auch darum, dem nicht-staatlichen Akteur Privatwirtschaft eine verantwortliche Rolle bei der Ausgestaltung dieses Prozesses zuzuweisen. CSR wird als ein wichtiger Impulsgeber für Entwicklungsprozesse im Süden verstanden, weil nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch soziale und ökologische Dimensionen von Entwicklung Berücksichtigung finden sollen. Es wird davon ausgegangen, dass CSR einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung liefern kann.

CSR unterstreicht jedoch nicht nur die soziale Verantwortung von Unternehmen als eine ethische Verpflichtung, Teile des Gewinns für das Gemeinwohl einzusetzen und in der eigenen Geschäftssphäre anerkannte Regeln einzuhalten. Das Konzept von CSR bietet zusätzlich die Chance zum Aufbrechen einer engen, rein auf kurzfristige Profite ausgerichteten Geschäftspolitik, indem die Achtung und Einhaltung international anerkannter Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards als Verfolgung langfristiger Unternehmensinteressen verstanden wird. Danach gelten die Beachtung der Bedürfnisse betriebsinterner und externer Stakeholder, u. a. durch eine sozialverträgliche und ökologisch angepasste Produktion, die Motivation der Beschäftigten durch die Bewilligung von ArbeitnehmerInnenrechten und die Image-Pflege durch die Befolgung internationaler Standards als wichtige Wettbewerbsvorteile und als wesentliche Maßnahmen für die langfristige Gewinnmaximierung. André Habisch und Bernhard

⁴ Vgl. EU-Kommission, KOM(2002) 347 endgültig, S. 5.

⁵ Vgl. EU-Kommission, KOM(2002) 347 endgültig, S. 15

Seitz stimmen in ihren Büchern mit dem identischen Titel "Corporate Citizenship", darin überein, dass solche langfristigen Interessen der Privatwirtschaft an Bedeutung zunehmen.⁶

Die EU-Kommission betont auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene ebenfalls Wettbewerbsvorteile durch CSR. Im Kontrast zur vorherrschenden neoliberalen und weitgehend deregulierten globalen Wirtschaft entwirft sie das Modell eines europäischen Kapitalismus, der aufgrund seiner sozialen Integrationskraft langfristig Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt erzielen soll. Damit will die EU-Kommission einen Beitrag liefern zur Verwirklichung des vom Europäischen Rat in Lissabon im März 2000 vorgegebenen Ziels, die Union zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“.⁷

In Anlehnung an eine Darstellung von CSR durch den ersten Vizepräsident der Weltbank für Europa, Jean-François Rischard, wird im folgenden eine Typologisierung von CSR vorgeschlagen. Dabei ist zu beachten, dass die einzelnen Typen in der Realität nicht trennscharf auftreten, sondern sich überlappen können (vgl. Tabelle 1).

TABELLE 1: TYPOLOGISIERUNG VON CSR

Stufe	Kategorie	Rolle	Beispiele
A	Wohltätigkeit	Mäzen	Förderprogramme privater Stiftungen
B	Defensive CSR (private sector development)	Guter "corporate citizen"	Schließung von sweatshops
C	Offensive CSR (private sector development)	Vorbildrolle	Etablierung von Verhaltenskodizes
D	Community development	Aktiver "local citizen"	HIV/Aids-Kampagne
E	Beitrag zur Problemlösung in Multi-stakeholder-Prozessen	Akteur in der Global Governance	Entwicklung und Durchsetzung von Regeln

Quelle: Eigene Darstellung (2004), angelehnt an: Vortrag von Jean-Francois Rischard (World Bank) (2004): "Die Rolle der Wirtschaft jenseits ihrer traditionellen Grenzen", entnommen aus: Hildebrandt (2004).

Insgesamt stellt CSR ein nicht verbindliches und eher weich formuliertes Modell der sozialen Verantwortung von Unternehmen dar. Konsens besteht darüber, dass die inhaltliche Füllung von CSR auf international anerkannten Normen aus dem Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsbereich basiert. Dazu zählen wichtige Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie die ILO-Erklärung über grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit aus dem Jahr 1998, die Erklärung der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992 sowie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Insofern ist die Durch-

6 Vgl. Habisch (2003); Seitz (2002).

führung von CSR zwar freiwillig, die Inhalte sind jedoch nicht verhandelbar, sondern weitgehend verbindliches Völkerrecht.

1.3 Skepsis gegenüber unverbindlichen Konzepten

Im Gegensatz zu den sehr positiven Einschätzungen durch die Privatwirtschaft, durch die Staaten und internationale Organisationen, formulieren zivilgesellschaftliche Organisationen Vorbehalte gegenüber dem auf freiwilligen Vereinbarungen basierenden CSR-Konzept. Viele kritisieren, dass wenn allein der Fokus auf CSR liege, über nationale Gesetze hinausgehende, verbindliche Rahmenbedingungen fehlen würden, die die Privatwirtschaft zur Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards verpflichten und Verstöße ggf. sanktionieren könnten. Zu häufig würde CSR von Unternehmen nur zur positiven Selbstdarstellung eingesetzt, ohne dass in der Praxis eine umfassende Verbesserung erreicht würde. In einigen Fällen würden Unternehmen mit einem CSR-Anspruch auch lediglich nationale Minimalstandards einhalten, die weit hinter anerkannten internationalen Standards zurückfielen.

Die Kontrastierung von Verbindlichkeit versus Freiwilligkeit steht für einige Nichtregierungsorganisationen (NRO) bei ihrer Kritik am CSR-Konzept im Vordergrund. Insgesamt lässt sich aber sowohl bei NRO als auch bei anderen beteiligten Akteuren ein argumentatives Aufeinanderzugehen feststellen, indem zunehmend die Komplementarität freiwilliger und verbindlicher Maßnahmen betont wird. So betont beispielsweise Halina Ward⁸ in einem Gutachten für die schwedische Regierung, dass freiwillige CSR-Vereinbarungen sinnvoll und wünschenswert sind, dass sie aber durch verbindliche Regelwerke ergänzt werden müssten: "However challenging the implications, it is increasingly clear that law and litigation are an important part of the CSR toolkit around the world."⁹

Vorbehalte gegenüber dem Konzept halten NRO jedoch nicht davon ab, durch die Beteiligung an Multistakeholder-Initiativen auf den unterschiedlichen Handlungsebenen, Einfluss auf die Ausgestaltung von CSR zu nehmen. Dazu zählen Vereinbarungen mit Unternehmen vor Ort ebenso wie die Teilnahme an so genannten Runden Tischen auf der nationalen Ebene und auf der internationalen Ebene etwa die Auseinandersetzung mit dem *Global Compact* (GC) oder

7 Vgl. EU-Kommission, KOM(2002) 347 endgültig, S. 3.

8 Halina Ward ist Direktorin von *Corporate Responsibility for Environment and Development* (CRED) am International Institute for Environment and Development mit Sitz in London.

9 Vgl. Ward (2003), S. V.

die Lobbyarbeit für die *UN Normen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte*.¹⁰

2 Überblick über die CSR-Aktivitäten in Großbritannien, Schweden und den Niederlanden

In allen Staaten Europas findet eine Vielzahl von CSR-Aktivitäten statt, wofür die aus dem Bericht "It simply works better 2003-2004" von *CSR Campaign* übernommene Matrix einen Überblick liefert.¹¹ Die **CSR Matrix** wird jährlich in dem Bericht "*It simply works better*" veröffentlicht. Sie soll den Dialog zwischen Stakeholdern unterstützen, erfasst verschiedene Aktivitäten und Funktionen von CSR und dient dem Austausch erfolgreicher CSR Praktiken und Konzepte (vgl. Kasten 1).

KASTEN 1: SIEBEN THEMEN DER CSR-MATRIX

- soziale Labels für KonsumentInnen,
- CSR-Preisevergabe für Unternehmen,
- freiwillige Verhaltenskodizes,
- Richtlinien für eine soziale Berichterstattung,
- Foren und Indizes für ethisches Investieren,
- Multistakeholder-Initiativen,
- CSR-Anleitungshilfen (*toolkits*).

Die Matrix ist Bestandteil einer virtuellen Online-Plattform, die das europäische Unternehmensnetzwerk entwickelt hat, um CSR in Europa voranzutreiben. Dadurch sollen die auf der Europäischen Konferenz von Lissabon im März 2000 für 2005 formulierten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Wirtschaftswachstum, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und soziale Absicherung erreicht werden. Das Netzwerk will den Geist der olympischen Spiele auf die Ebene von CSR übertragen. Für das Jahr 2005 sind deshalb die *CSR Business Olympics* angedacht, die im Turnus von 4 Jahren wiederholt werden sollen.¹²

10 Vgl. DGVN (2004).

11 Vgl. CSR Campaign (2003a), S. 55f.

12 Vgl. CSR Campaign (2001).

TABELLE 2: EUROPEAN CSR MATRIX							
	Social Labels / Certifications	Social / CSR Awards	Codes of Conduct / Ethical Guidelines	Social Reporting Guidelines	SRI Fora, Indices and Legislation	Multistakeholder-Initiatives	CSR Toolkits
Austria	➤ Transfair (fair trade label)		➤ Clean Clothes Campaign				
Belgium	➤ Social Label ➤ Max Havelaar (fair trade label)	➤ Koning Boudewijn Prijs ➤ Plus Prize ➤ Bedrijfsrevision CSR prize ➤ Randstad HR award ➤ Meest mensvriendelijk bedrijf	➤ Clean Clothes Campaign		➤ Ethibel Sustainability Index ➤ Pension fund disclosure law (2001)	➤ Trivisi Initiative	➤ Albatros ➤ SME Key
Denmark	➤ Det sociale indeks ➤ Max Havelaar (fair trade label)	➤ Netværksprisen ➤ Integrations-Priserne ➤ MIA-prisen		➤ Ministry of Social Affairs: guidelines for social and ethical reporting ➤ Sociale regnskaber - inspiration til mindre og mellemstore virksomheder		➤ Coordination Committees for preventive labour market measures ➤ Nordic Partnership	➤ Det sociale indeks - self-evaluating tool ➤ www.socialaftaler.dk
Finland	➤ Reilukauppa (fair trade label)	➤ Environment and Social Report Awards	➤ Principles for Social Responsibility in Importing - Chamber of Commerce ➤ Monika - Committee on International Investment and Multinational Enterprises.			➤ Ethical Forum	➤ FIBS CSR toolkit on human resources management ➤ SME Key
France	➤ Max Havelaar (fair trade label) ➤ Label socialement responsable - le Comité intersyndical de l'épargne salariale		➤ De l'Éthique sur l'Étiquette		➤ Forum pour l'Investissement Responsable ➤ Disclosure amendment to law on Employees Savings Plans (2001) ➤ Vigeo		➤ ORSE sustainability analysis guide ➤ CIDES Bilan Societal ➤ AFNOR guide on CSR management ➤ IMS Diagnostic societal
Germany	➤ Transfair (fair trade label) ➤ Fairtrade Labelling Organisations International (FLO)	➤ Preis Freiheit & Verantwortung ➤ Carl Bertelsmann Prize	➤ Clean Clothes Campaign		➤ Forum Nachhaltige Geldanlagen ➤ Natur-Aktien-Index ➤ Pensions fund disclosure law (2001)		
Greece		➤ Athens Chamber of Commerce Environment and Social involvement awards					

Ireland	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Fairtrade Mark Ireland ➤ Excellence Through People Standard 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Guinness Living Dublin Awards ➤ Best Place to Work Ireland ➤ ACCA Reporting Awards 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ BITC Ireland: Guidelines for a Corporate Responsibility Report 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Hibernian SRI Funds 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Social Partnership Agreements 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Company Support Tool ➤ Workbook on Employee Community Involvement ➤ SME Key
	Social Labels / Certifications	Social / CSR Awards	Codes of Conduct / Ethical Guidelines	Social Reporting Guidelines	SRI For a, Indices and Legislation	Multistakeholder-Initiatives	CSR Toolkits
Italy	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Network Lavoro Etico – social ualità label ➤ Transfair (fair trade label) ➤ SA 8000 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Oscar di Bilancio e della Comunicazione ➤ Sodalitas Social Awards ➤ GDO Week Brand Awards 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Confindustria/ABI guidelines on corruption prevention ➤ Clean Clothes Campaign 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gruppo Bilancio Sociale guidelines on reporting ➤ Ministry of Welfare “Social Statement” 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Forum per la Finanza Sostenibile 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ SME Key ➤ Q-Res Management tools
Luxembourg		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Le prix féminin de l’entreprise 					
The Netherlands	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Max Havelaar (fair trade label) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Business Compliment ➤ ACC Award for Enviromental and Sustainability Reporting ➤ Diversity Award 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Clean Clothes Campaign 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Dutch Council for Annual Reporting guidelines 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vereniging van Beleggers voor Duurzame Ontwikkeling 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Rabobank How-to-do-guide for SMEs
Norway	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Max Havelaar (fair trade label) 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Retningslinjer for menneskerettigheter og miljø ➤ Initiatives for Etisk Handel 			<ul style="list-style-type: none"> ➤ KOMpakt 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ NHO Human Rights Checklist
Portugal		<ul style="list-style-type: none"> ➤ CITE Equality ist Quality award ➤ EXAME Best Practices Award 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Clean Clothes Campaign 				
Spain		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Premios Empresa y Sociedad ➤ Ethics in Business Success award 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Good Governance Code for Sustainable Businesses ➤ Clean Clothes Campaign 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Iniciativa para la Elaboración de Mernorias de Sostenibilidad 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ FES social ranking of companies ➤ SRI observatory 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Comisión técnica de expertos con la responsabilidad social de la empres 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ SME Key
Sweden	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Rättvismärkt (fair trade label) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Årets Nyföretagare 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Swedish Amnesty Business Group Guidelines ➤ Clean Clothes Campaign 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Humanix ethical index ➤ Law on National Pension Funds (2000) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Globalt Ansvar – Swedish Partnership for Global Responsibility ➤ Nordic Partnership 	
Switzerland	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Max Havelaar (fair trade label) ➤ LINK label 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Sustainability Award 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Clean Clothes Campaign 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ SAM Sustainability Index 		

United Kingdom	<ul style="list-style-type: none"> ➤ SME Kitemark ➤ Fair trade label ➤ Good Corporation 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Business in the Community's "Awards for Excellence" ➤ The Queen's Awards for Enterprise ➤ ACCA UK Awards for Sustainability Reporting 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ethical Trading Initiative ➤ Labour behind the Label 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Business Impact Framework 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ FTSE4GOOD Corporate Responsibility Index ➤ Morley Sustainability Matrix ➤ UK Sustainable Investment Forum ➤ Pensions Disclosure Regulation 2000 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ New Deal Task Force 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Business Impact Framework ➤ Getting Engaged: A Toolkit for Trustees
Europe		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Best Workplaces EU 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Global Reporting Initiative 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eurosif 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ European Multi Stakeholder Forum on CSR 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ SME Key ➤ SRI Compass

Quelle: CSR Campaign (2003), S. 55f.

Die drei ausgewählten europäischen Länder, Großbritannien, Schweden und die Niederlande, gelten unter ExpertInnen bei der Umsetzung von CSR als besonders fortgeschritten.¹³ Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass andere europäische Staaten keine CSR-Politik entwickelt hätten. So hat sich beispielsweise das *Canadian Business for Social Responsibility*¹⁴ in einer eigenen Untersuchung an Stelle von Schweden für Dänemark als drittes Land entschieden. Auch Österreich gilt in einigen Bereichen als Modell für CSR-Maßnahmen. Neben den drei ausgewählten Ländern werden deshalb - sofern es gegeben erscheint - auch andere Staaten mit berücksichtigt.

Während in allen drei Ländern Ähnlichkeiten in der CSR-Politik bestehen, beispielsweise was die Verwendung internationaler CSR-Instrumente oder die Existenz von CSR-Preisen anbelangt, so variieren die CSR-Politiken nicht nur in ihrer Breite und Tiefe, sondern auch in der spezifischen Profilbildung. Dies soll der folgende Überblick darlegen.

2.1 Großbritannien

Die CSR-Politik Großbritanniens ist nicht nur in der Wahrnehmung von außen besonders präsent, sondern sie ist auch umfassend und in der Durchführung als Querschnittsaufgabe und kohärente Politik angelegt. Die Federführung für die CSR-Politik liegt beim Department for Trade & Industry (DTI), in dem im Jahr 2000 auch das Amt eines *Minister for CSR* eingerichtet wurde, das direkt dem verantwortlichen obersten Minister (*Secretary of State*) untersteht. Dieses Amt lässt sich als Ausdruck dafür werten, wie ernst in Großbritannien die CSR-Politik genommen wird. Die Tatsache, dass das DTI die Hauptverantwortung trägt, weist darauf hin, dass CSR nicht als eine ‚weiche‘ Angelegenheit, sondern als Wettbewerbspolitik verstanden wird.

Neben dem DTI sind weitere Ministerien in die CSR-Politik eingebunden. Auf der internationalen Ebene sind dies das Außenministerium (*Foreign and Commonwealth Office, (FCO)*) und insbesondere das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit (Department for International Development (DFID)), das eine sehr eigenständige und umfassende CSR-Politik betreibt. Unter der Leitung des *Minister for CSR* finden regelmäßig Ressort-Absprachen statt. Zumindest vom Ansatz her sind in Großbritannien die Bedingungen für eine kohärente CSR-

¹³ Laut *CSR Europe, Press Release, (2003)* identifizierten 38% der Befragten einer Internet-Umfrage (CSR Pulse Survey) Großbritannien als das progressivste Land bei CSR-Aktivitäten, gefolgt von Schweden mit 11%, den Niederlanden mit 7% und Dänemark mit 6%.

Politik somit gegeben. Zudem ist Großbritannien unter den drei hier vorgestellten Ländern das einzige Land, das CSR explizit als Haushaltsposten in den verschiedenen Ministerien ausweist.

Auf der politischen Ebene erscheint auch wichtig, dass CSR als ein hochrangiges Thema behandelt wird. So gab Premierminister Tony Blair im September 2002 auf dem Erdgipfel in Johannesburg die Einrichtung der Extractive Industry Transparency Initiative (EITI) bekannt. In Orientierung an der *Publish What You Pay*-Kampagne sollen bei EITI Unternehmen aus dem extraktiven Bereich ihre Zahlungen an Regierungen und letztere wiederum ihre Einkünfte offen legen.¹⁵ Die Verantwortung für EITI liegt bei DFID. EITI soll durch die Weltbank implementiert werden. In der Bank wurde ein EITI Trust Fund errichtet, in den Großbritannien zunächst eine Million englische Pfund und auch Norwegen einen beträchtlichen Betrag für technische Hilfe einzahlte. Nahezu 60 internationale Investmentfirmen und institutionelle Investoren unterstützen das Vorhaben finanziell, wobei insbesondere US-Firmen auf der Freiwilligkeit des Unternehmens bestehen. Nigeria, Ghana und Azerbeidschan sind die ersten Ölförderländer, die im Rahmen von EITI ihre Einkünfte aus der Erdölförderung offen legen wollen.

Zur Stärkung von CSR führt die britische Regierung unterschiedliche Stakeholder zu gemeinsamen Beratungen (Runde Tische) und auch zu Initiativen zusammen, die sie finanziell unterstützt. Hier ist besonders die Ethical Trading Initiative (ETI) zu nennen. Sie gilt als eine erfolgreiche Multistakeholder-Initiative und wird zu 40 % von DFID finanziert (vgl. Kapitel 5).

In Großbritannien wird die Bewusstseinsbildung als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche CSR-Politik verstanden. Dazu zählt nicht nur die Aufklärung von KonsumentInnen über die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards durch britische Unternehmen. Britische Einzelhandelsketten wie Marks & Spencer setzen zudem die Beachtung grundlegender Standards als Vermarktungsstrategie ein, und die Initiative *Business in the Community* (BITC) will CSR auf der lokalen Ebene im Land praktizieren. Bestandteil der Bewusstseinsbildung sind auch gezielte Aufklärungsmaßnahmen über globale Entwicklungsprobleme durch DFID.

14 Vgl. Canadian Business for Social Responsibility (2001), S. 5.

15 Die *Publish What You Pay*-Kampagne wurde im Juni 2002 ins Leben gerufen. Sie wird von einem breiten Bündnis von NRO aus dem Norden und Süden getragen, wobei die meisten Organisationen aus Großbritannien stammen. Ziel ist es, verbindliche Regeln für die

DFID versucht CSR gezielt für die Armutsbekämpfung einzusetzen, wie ein White Paper ‚*Making Globalization Work for the Poor*‘¹⁶ zum Ausdruck bringt. Darüber hinaus hat DFID zur Klärung der Frage, wie Unternehmen in Entwicklungsländern zur Armutsminderung beitragen können, auch Forschungsaufträge vergeben.

Die Gründe dafür, dass die britische Regierung in so klarer und umfassender Weise eine CSR-Politik aufgebaut hat, dürften vielfältig sein. Sicherlich haben eine starke gewerkschaftliche Tradition und zivilgesellschaftliche Kampagnen Druck auf die Regierung ausgeübt, in dieser Hinsicht besonders aktiv zu werden. Zugleich deutet aber die institutionelle Verankerung bei DTI darauf hin, dass CSR als Bestandteil der Wirtschaftspolitik verstanden wird und mit CSR Wirtschaftsinteressen verfolgt werden.

Die umfassende CSR-Politik der britischen Regierung konnte dennoch nicht verhindern, dass Konzerne dieses Landes gegen Sozial-, Umwelt- oder Menschenrechtsstandards verstoßen. Britische NRO und Gewerkschaften kritisieren deshalb die betroffenen Unternehmen und fordern von der Regierung Änderungen im britischen Unternehmensrecht, um die Unternehmen per Gesetz auf die Einhaltung von Standards festzulegen. Drei Forderungen stehen dabei im Vordergrund:

- Unternehmen sollen über die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Umwelt und die Gemeinschaften, in denen sie aktiv sind, berichten;
- Direktoren und Vorstandsvorsitzende sollen eine Fürsorgepflicht (*duty of care*) für die Umwelt und Gesellschaft übernehmen ähnlich zu ihrer Verantwortung im Bereich von Sicherheit und Gesundheit;
- Menschen, die durch britische Unternehmen im Ausland Nachteile erleiden, sollen vor britischen Gerichten Schadensersatz einfordern können.¹⁷

Nahezu 100 britische Organisationen aus den Bereichen Menschenrechte, Umwelt, Entwicklung und Soziales sowie die großen britischen Gewerkschaften haben sich zu einer Koalition, der *Corporate Responsibility (CORE) Bill Campaign*, zusammengeschlossen, um diese Forderungen voranzubringen. Sie konnten einen Teilerfolg erzielen, weil ihre Gesetzesinitiative mit der Unterstützung einiger Parlamentarier im *House of Commons* beraten werden musste. Doch dies änderte nichts an der harten Haltung der britischen Regierung, eine über bestehende Gesetze hinausgehende verbindliche Regulierung für die Privatwirtschaft abzulehnen.

Transparenz der Geldflüsse (Steuern, Förderzinsen etc.) von Öl- und Bergbauunternehmen an öffentliche Institutionen festzulegen (vgl. Feldt 2004).

¹⁶ Vgl. DFID (2000), S. 59ff.

¹⁷ Vgl. The House of Commons (2003), S. 3.

Auch die *UN-Menschenrechtsnormen für die Privatwirtschaft* wurden im Vorfeld der Beratungen der 60. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission im März 2004 von der Regierung Blair abgelehnt.

2.2 Schweden

Schweden verfügt nicht über eine ähnlich umfassende CSR-Politik wie Großbritannien, aber dennoch ist es der Regierung gelungen, ein spezifisches CSR-Profil zu entwickeln. Zugleich betreibt die schwedische Regierung in vielen EZ-Bereichen eine aktive CSR-Politik.

Eine für die schwedische Profilbildung wichtige nationale Initiative stellt die vom schwedischen Premierminister im Jahr 2002 ins Leben gerufene *Swedish Partnership for Global Responsibility (Globalt Ansvar)* dar. In einem offenen Brief wandten sich die damalige Außenministerin, der Handelsminister und der Minister für Entwicklungszusammenarbeit an Führungspersonlichkeiten der schwedischen Privatwirtschaft und riefen dazu auf, sich an diesem Projekt für globale Verantwortung zu beteiligen. Die Federführung für *Globalt Ansvar* liegt beim Außenministerium; zusätzlich zu den drei genannten Ressorts sind weitere beteiligt. Die schwedische Regierung bringt in diesem Brief zum Ausdruck, dass aus ihrer Sicht die Einhaltung der *OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen* und der Prinzipien des GC die Grundlage für eine globale Verantwortung von Unternehmen und für CSR darstellt. Die Beachtung der in diesen Instrumenten niedergelegten Standards stellt deshalb eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft in *Globalt Ansvar* dar. Von den Unternehmen wird erwartet, dass sie einmal jährlich darüber berichten, wie sie die OECD-Leitsätze bzw. den GC einhalten. Dieses Ansinnen wird im Einladungsschreiben aber eher weich als 'Beispiele geben' formuliert. Ein Gutachten für das schwedische Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit (*Swedish International Development Agency, SIDA*), charakterisiert *Globalt Ansvar* als die nationale Umsetzung des GC, der wesentlich von Schweden mitfinanziert wird.¹⁸

Die schwedische Regierung fokussiert mit *Globalt Ansvar* in starkem Maße die Nutzung internationaler Instrumente und verknüpft dabei die OECD-Leitsätze mit einem weiteren internationalen Instrument, den *Sustainability Reporting Guidelines (SRG)* der *Global Reporting Initiative (GRI)*. Das Besondere an diesem Vorhaben ist, dass die OECD-Leitsätze nicht in irgendeinem Ministerium ‚verstauben‘ und darauf gewartet wird, dass möglicherweise Be-

¹⁸ Vgl. Moberg (2004), S. 9.

schwerdefälle eingereicht werden, sondern dass diese von allen OECD-Staaten getragenen Leitsätze proaktiv für die Berichterstattung von Unternehmen eingesetzt werden sollen.

Für die Entscheidungsfindung für den Haushalt 2004 forderte die schwedische Regierung SIDA auf, Richtlinien (*guidelines*) über seine CSR-Politik vorzulegen, was im März 2004 durch den Bericht „*How SIDA promotes responsible business practice*“ erfolgte.¹⁹ Das den Aktivitäten von SIDA zugrunde liegende Motiv ist es, eine für CSR günstige Umwelt zu schaffen. SIDA unterteilt dazu seine CSR-Politik in vier Kategorien:

- Gesetze und Regeln vorgeben (*mandating*),
- Bereitstellung politischer Rahmenbedingungen (*facilitating*), damit Unternehmen in CSR investieren,
- Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen fördern, um komplementäre Fähigkeiten und Ressourcen zu verstärken,
- Bekräftigung von CSR-Aktivitäten durch öffentliche Unterstützung.²⁰

Bei der Darlegung der bisherigen CSR-Politik unterscheidet SIDA zwischen impliziter CSR-Politik, beispielsweise durch die Förderung von *institution building*, von *good governance* und den Menschenrechten, und expliziter CSR-Politik in spezifischen Projekten. Letztere lassen sich unterscheiden als Projekte zur Förderung von CSR im privatwirtschaftlichen Sektor und solche zur Stärkung von *community development* durch die Privatwirtschaft.

Beispielsweise soll die schwedische Privatwirtschaft durch PPPs für *community development* in Entwicklungsländern gewonnen werden. Es entstanden einige PPP-Projekte im Rahmen des Weltbankprojektes *Global Village Energy Partnership* als so genannte Typ-2 Initiativen zur Stromversorgung armer Regionen. Hierzu zählt die Durchführungskooperation zwischen SIDA und dem schwedischen Konzern ABB. Als zusätzliches Beispiel führt Moberg den Soyapango Entwicklungsfonds in El Salvador an, der als gemeinsames Projekt großer multinationaler Konzerne, nationaler Regierungseinrichtungen (u. a. SIDA) und verschiedener Geberstaaten, zum Aufbau der lokalen Infrastruktur beitragen soll.²¹

Eine weitere Maßnahme zur Stärkung von CSR stellt das Training von Managern des privaten und des öffentlichen Sektors aus Entwicklungsländern dar. Das Training soll u. a. die Be-

19 Vgl. Moberg (2004).

20 Vgl. Moberg (2004), S. 11.

21 Vgl. Moberg (2004), S. 18.

wusstseinsbildung über die Bedeutung der Einhaltung von Standards vor allem im Umweltbereich fördern. Auch Anstrengungen schwedischer Industrieverbände zur Stärkung der Kooperation zwischen schwedischen Unternehmen und solchen in Entwicklungsländern werden von SIDA unterstützt. In vielen dieser Projekte sei es dabei auch um die Erhöhung von Standards gegangen.

Zur Stärkung von CSR im privatwirtschaftlichen Sektor zählt SIDA auch die Unterstützung von Labels im Agrarbereich. Dazu finanzierte das Ministerium das Projekt *Social Accountability in Sustainable Agriculture*, an dem sich verschiedene organisch wirtschaftende Agrarorganisationen, die *Fairtrade Labelling Organisation* und *Social Accountability International* (SA 8000) beteiligten. Es wurden Richtlinien und ein Handbuch für Zertifizierung im Agrarbereich erarbeitet.

2.3 Niederlande

Die Niederlande verfügen ebenfalls nicht über eine ähnlich umfassende CSR-Politik wie Großbritannien. Dennoch haben auch die Niederlande ein spezifisches CSR-Profil entwickelt. Ein wichtiger Beitrag zu dieser Profilbildung lieferte eine Studie über CSR in den Niederlanden, die bereits 1999 von der niederländischen Regierung beim *Sociaal-Economische Raad* (SER), einem unabhängigen Institut für Politikberatung, in Auftrag gegeben und unter dem Titel „*Corporate Social Responsibility – A Dutch Approach*“ veröffentlicht wurde.²²

Inhaltlich stehen bei der niederländischen CSR-Politik vor allem zwei Aspekte im Vordergrund. Zum einen werden die *OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen* durch die Regierung aktiv unterstützt. Zum anderen wurde eine der Empfehlungen von SER aufgegriffen und die Berichterstattung von Unternehmen als Mittel zur Transparenz in den Vordergrund gerückt. Nicht zuletzt durch die Bemühungen der niederländischen Regierung gelang es, das zentrale Büro der GRI im Jahr 2002 in Amsterdam anzusiedeln. Auf der nationalen Ebene erarbeitete der *Council for Annual Reporting* im Auftrag der Regierung Richtlinien für eine nationale CSR-Berichterstattung, die seit Jahr 2003 vorliegen und die sich an große Unternehmen richten. Diese Richtlinien, die NRO als inhaltlich gut einstufen, werden derzeit in verschiedene Sprachen übersetzt.

Während der kommenden niederländischen EU-Präsidentschaft soll CSR ein zentrales Thema bilden. Dazu ist im November 2004 ein internationaler Workshop geplant mit den beiden Hauptthemen Transparenz und Zulieferketten. Anlässlich dieser Konferenz sollen auch die niederländischen Richtlinien über die Berichterstattung Verbreitung finden.

Wie in den beiden anderen Staaten, so wird auch in den Niederlanden CSR als Querschnittsthema verstanden, und es finden regelmäßige Ressortabsprachen statt. Die hauptsächliche Verantwortung für CSR liegt beim Wirtschaftsministerium. Ähnlich wie in Großbritannien gilt CSR als Kernbestandteil wirtschaftlicher Aktivitäten. Auch die niederländische Regierung lehnt zusätzlich zu bestehenden Gesetzen verbindliche Regelwerke für CSR ab und setzt auf Freiwilligkeit, was aber nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden dürfe.

Landesweit werden wissenschaftliche Ressourcen genutzt, um bei der Umsetzung von CSR voranzukommen. So hat das Wissenschaftsnetzwerk, *National Initiative for Sustainable Development* (NIDO) in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium ein Forschungsprogramm über CSR aufgelegt, an dem sich neun unterschiedliche Forscherteams beteiligen. Dafür werden für die nächsten zwei Jahre € 1,4 Mio. bereitgestellt. Ein Ziel dieser Forschung ist es, CSR für Unternehmen verständlich aufzubereiten.²³

Auch das 2004 errichtete *Knowledge and Information Centre on CSR* geht auf eine Empfehlung aus dem Gutachten von SER zurück. Aus der Sicht von SER sollte ein solches Zentrum wie eine "Spinne im Netz" die verschiedenen relevanten Informationsquellen miteinander verknüpfen. Wunsch der Regierung ist es, dass das Zentrum vor allen Informationen über CSR sammelt, aufbereitet und allen Interessierten zur Verfügung stellt.²⁴ Auf diese Weise soll die praktische Umsetzung der niederländischen CSR-Politik unterstützt werden. Das Zentrum lässt sich als eine Art *facilitating* Einrichtung verstehen, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen ansprechen sollen. Niederländische NRO fordern zusätzlich, dass das Zentrum – ähnlich wie in der ETI – Pilotprojekte über Erfahrungen von CSR-Maßnahmen, beispielsweise bezogen auf Zulieferketten, durchführen soll.

Ähnlich wie in Großbritannien erfährt in den Niederlanden CSR im nationalen Kontext eine besondere Aufmerksamkeit. Mit Unterstützung der Regierung soll das Unternehmensnetz-

22 Vgl. SER (2001).

23 Vgl. Wiertsema (2003).

24 Vgl. SER (2001), S. 111.

werk "*Samenleving & Bedrijf*" (the Society and Business Foundation), das Mitglied bei *CSR Europe* ist, bei niederländischen Unternehmen für CSR werben. Neben der nationalen und der internationalen Ebene wird dabei der lokalen Ebene eine besondere Bedeutung beigemessen, indem CSR-Aktivitäten in den Kommunen verankert und durch sie unterstützt und verstärkt werden sollen.

In den Niederlanden werden Multistakeholder-Treffen themenspezifisch und ad hoc durchgeführt. So lädt ein Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums demnächst eine spezifische Gruppe zur Diskussion über die Einbindung von CSR in Pensionsfonds ein. Eine andere Multistakeholder-Initiative der nächsten Zeit wird sich einem spezifischen Produkt widmen, nämlich dem Kaffee.

2.4 Zusammenfassende Betrachtung der wichtigsten CSR-Aktivitäten

In den drei Ländern wird CSR als Querschnittsaufgabe verstanden. Regelmäßige, ressortübergreifende Absprachen eröffnen die Möglichkeit einer kohärenten CSR-Politik. In Großbritannien und in den Niederlanden liegt die Federführung für die CSR-Politik beim jeweiligen Wirtschaftsministerium, woraus hervorgeht, dass CSR vor allem als Bestandteil der Wettbewerbspolitik und weniger als Philanthropie gesehen wird. Das große Gewicht, das in Großbritannien der CSR-Politik zugemessen wird, kommt zusätzlich darin zum Ausdruck, dass ein eigener *Minister for CSR* geschaffen wurde.

Großbritannien und Niederlande messen der Aufklärung über CSR ein großes Gewicht bei. Besonders interessant erscheint hier das in 2004 in den Niederlanden eingerichtete *Knowledge and Information Center on CSR*, das *Lessons Learnt* für Interessierte nutzbar machen soll. Zusätzlich investieren die Niederlande in beträchtlichem Umfang in die Forschung über CSR.

Die Niederlande und Schweden entwickeln ihre CSR-Politik auf der Grundlage einer Evaluation dieser Politik, die in den Niederlande bereits im Jahr 2001 und in Schweden für SIDA in 2004 vorgelegt wurde. Eine solche Bestandsaufnahme erlaubt es, bewusste nächste Schritte einzuleiten.²⁵

25 Vgl. SER (2001); Moberg (2004).

Sowohl die Niederlande als auch Schweden haben spezifische CSR-Profile entwickelt: Schwedische Unternehmen wurden von der Regierung zu einem gemeinsamen Projekt für die globale Verantwortung (*Globalt Ansvar*) aufgerufen. Teilnahmebedingung ist eine regelmäßige Berichterstattung auf der Grundlage des GC oder der OECD-Leitsätze. In den Niederlanden liegt der Schwerpunkt auf der nachhaltigen Berichterstattung von Unternehmen, die für Transparenz sorgen soll.

3 Instrumente für die Stärkung von CSR in Großbritannien, in Schweden und den Niederlanden

CSR beruht auf freiwilligen Vereinbarungen. Es geht bei der Frage nach der Durchsetzung von CSR deshalb nicht um die Etablierung verbindlicher Regeln für Unternehmen in der nationalen Gesetzgebung, sondern es geht um Instrumente, die zur Stärkung von sozial verantwortlichem Handeln der Unternehmen auf freiwilliger Basis beitragen sollen. Dazu sollten Instrumente auf der internationalen von solchen auf der nationalen Ebene unterschieden werden. Bei letzterem wiederum lassen sich stärker marktwirtschaftliche Anreizsysteme von den eher symbolischen Belohnungssystemen differenzieren. Im folgenden werden zunächst die wichtigsten internationalen Instrumente skizziert und ihr Einsatz in den drei genannten Ländern wird diskutiert. Im Anschluss daran werden verschiedene Anreizsysteme als vorwiegend nationale (und europäische) Instrumente vorgestellt.

3.1 Internationale Instrumente zur Stärkung von CSR

Die internationalen Instrumente, die bei einer CSR-Politik zum Einsatz kommen können, sind im wesentlichen die folgenden:

- der *Global Compact* der Vereinten Nationen,
- die *OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen*,
- die *UN-Menschenrechtsnormen für TNK und andere Unternehmen*,
- die *Sustainability Reporting Guidelines* der *Global Reporting Initiative*.

Der **GC** wurde 2000 vom UN-Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan als Pakt zwischen der Privatwirtschaft und den Vereinten Nationen ins Leben gerufen und als Multi-stakeholder-Initiative eingerichtet. Der Pakt ist als Lern- und Diskussionsplattform im Internet konzipiert und stellt somit keinen Verhaltenskodex dar, der als Regulierungsinstrument der Wirtschaft eingesetzt werden könnte. Jedes Unternehmen kann, unabhängig von seiner Größe, durch ein persönliches Schreiben des Vorstandsvorsitzenden/des Chefs dem Pakt beitreten und sich damit verpflichten, die neun Prinzipien des GC in die Firmenpolitik und -praxis zu integrieren und über die gemachten Erfahrungen einmal im Jahr zu berichten. Die neun Prinzipien basieren auf internationalen Verträgen und Dokumenten, die für CSR relevant sind. Als Lern- und Diskussionsforum stellt der GC ein eher weiches Instrument für die Durchsetzung von CSR dar.

Die **OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen** wurden im Jahr 2000 in der seit 1976 zum fünftenmal revidierten Fassung vorgelegt. Die Leitsätze sind Teil der *Declaration on International Investment and Multinational Enterprises* der OECD und richten sich an große Konzerne mit Hauptsitz in den OECD-Ländern. Sie stellen Empfehlungen der Regierungen an die Unternehmen dar und sind für diese freiwillig. Die Hauptverantwortung für ihre Einhaltung tragen die Unternehmen. Das Besondere an den Leitsätzen in der revidierten Fassung aus dem Jahr 2000 ist, dass deren Geltung nicht an den Grenzen der OECD-Staaten Halt macht, sondern explizit die Geschäfte multinationaler Konzerne in Entwicklungsländern einschließt. Die Leitsätze formulieren umfassende Regeln für das Verhalten der Konzerne und nehmen inhaltlich - wie der GC - Bezug auf international anerkannte Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards. In zehn Kapiteln werden Prinzipien und Verhaltensweisen für unternehmerisches Handeln aufgestellt, diese beziehen sich auf die Offenlegung von Informationen, die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, auf den Umweltschutz, die Korruptionsbe-

kämpfung, die Interessen von VerbraucherInnen, den Wissenschafts- und Technologietransfer, auf Wettbewerb und Besteuerung.

Die Zustimmung der 30 OECD-Mitgliedstaaten und von derzeit sieben weiteren Staaten, nämlich Argentinien, Brasilien, Chile, Slowenien, Estland, Litauen und Israel, verleiht den Leitsätzen ein politisches Gewicht, das sie gegenüber anderen freiwilligen Verhaltenskodizes heraushebt. Die Regierungen übernehmen bei den Leitsätzen eine besondere Verantwortung für deren Einhaltung und bekennen sich zur Förderung sowie zur Sicherung der institutionellen und organisatorischen Durchführung der Leitsätze. Ein zusätzliches Element der Verbindlichkeit erhalten die OECD-Leitsätze dadurch, dass die Unterzeichnerstaaten sich verpflichten, die Umsetzung der Leitsätze zu sichern und **Nationale Kontaktstellen** (National Contact Points, NCP) einzurichten, die über die Leitsätze informieren und bei Verstößen Beschwerden entgegen nehmen sollen.

Das dritte hier aufgeführte internationale Instrument, die **UN Normen für Verantwortung transnationaler Konzernen und anderen Wirtschaftsunternehmen in Bezug auf die Menschenrechte** (*UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights*) wurde im Sommer 2003 von der UN verabschiedet. Diese Normen sind unter Regierungen und Unternehmen bisher umstritten *Sub-Commission on the Protection and Promotion of Human Rights*, werden aber von NRO als ein eher hartes Instrument mit möglichen Sanktionsmechanismen unterstützt. Die Diskussion über diese UN-Normen steht erst am Anfang, und es wird einige Jahre dauern, bis sie als internationales Instrument zum Einsatz kommen können.

Die insgesamt 23 Normen gehen von einem umfassenden Menschenrechtsverständnis aus, das neben den bürgerlichen und politischen auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte einschließt. Ähnlich wie der GC und die OECD-Leitsätze greifen auch die UN Normen auf bereits bestehende internationale Verträge und Erklärungen zurück, die für das Verhalten von Unternehmen weltweit, eine grundlegende Richtschnur sein sollten. Dazu zählen insbesondere das Diskriminierungsverbot, das Recht auf Sicherheit der Person, Arbeitnehmerrechte sowie der Verbraucher- und Umweltschutz. Die UN-Normen machen klare Aussagen zu ihrer Umsetzung und sie sehen sowohl ein internes als auch externes Monitoring vor. Darüber hinaus beinhalten sie ein Streitschlichtungsverfahren und bei Bedarf die Möglichkeit zu Entschädigung und Wiedergutmachung für die Opfer. Vor allem diese vergleichs-

weise klaren Durchsetzungsmechanismen dürften bei vielen Unternehmen Vorbehalte hervorrufen. Regierungen befürchten zudem, dass mit diesen UN-Normen die Hauptverantwortung der Staaten für den Menschenrechtsschutz unterminiert werden könnte, und Unternehmen sehen umgekehrt die Gefahr, dass sie staatliche Pflichten für den Schutz, die Gewährung und den Respekt der Menschenrechte übernehmen sollen.

Schließlich sind auch die **SRG** der **GRI** ein internationales Instrument, das zur Stärkung von CSR beitragen kann. Die GRI wurde 1997 von CERES (*Coalition for Environmentally Responsible Economies*) und UNEP (*United Nations Environment Programme*) ins Leben gerufen. GRI ist ein Multistakeholder-Netzwerk mit mehr als 3500 Beteiligten. Seit dem Oktober 2002 ist die GRI eine unabhängige Einrichtung mit dem Hauptsitz in Amsterdam.

Nach einer mehrjährigen Pilotphase existiert seit 2002 eine überarbeitete Version der *GRI-Guidelines*, wobei zusätzlich zu den Indikatoren für den ökologischen Bereich auch soziale und ökonomische Indikatoren aufgenommen wurden, wodurch die drei Säulen der Nachhaltigkeit in diesen Richtlinien durch 57 Kernindikatoren gleichberechtigt repräsentiert sein sollen. Ziel der GRI-Richtlinien ist es, ähnlich zu den Finanzberichten von Unternehmen, eine standardisierte Nachhaltigkeitsberichterstattung in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt zu entwickeln, die für die Unternehmen - ähnlich zu den Finanzberichten - zur Routine werden soll.

Die GRI ist zwar von ihrem Ziel, eine Standardisierung der Nachhaltigkeitsberichterstattung durchzusetzen, weit entfernt. Dennoch erscheint die diesem Instrument zugrunde liegende Idee, eine zu den Finanzberichten ähnlich standardisierte Berichterstattung durchzusetzen, bestechend. Nur so können Profitinteressen und Stakeholderinteressen eine Gleichrangigkeit erreichen, und letztere gewissermaßen als Auftragsgeschäft der Unternehmen anerkannt werden. Allerdings sind die *Guidelines* sehr komplex und es gilt, Probleme im Hinblick auf ihre Reichweite zu lösen:

- Wie können sie an die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) angepasst werden?
- Wie kann und soll die Zuliefererkette in die Berichterstattung einbezogen werden?
- Wie sollen Kunden in die Kette einbezogen werden?

3.1.1 Vorrang für die OECD-Leitsätze in den Niederlanden und in Schweden

Während alle drei Regierungen gegenüber den Normen eine mehr oder weniger explizit ablehnende Haltung zum Ausdruck bringen, wird der GC zwar genannt, spielt aber in der konkreten CSR-Politik insbesondere der Niederlande und Großbritanniens keine relevante Rolle. Statt dessen stehen zumindest in den Niederlanden und in Schweden die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen deutlich im Vordergrund. Dies ist zum einen sicherlich auf die Verpflichtungen zurückzuführen, die OECD-Länder für die Umsetzung der Leitsätze übernommen haben. Zugleich weisen die hier angeführten Beispiele aber daraufhin, dass sich aus dem Instrument ‚mehr herausholen‘ lässt, als dies mit einer sehr engen Auslegung des Auftrages der NCP der Fall ist.

So handelt der niederländische NCP bei eingereichten Fällen durchaus proaktiv, wie der Fall von adidas in Indien, der vom India Committee of the Netherlands (ICN) eingereicht wurde, verdeutlicht. Durch die Vermittlung der niederländischen Kontaktstelle kam eine Vereinbarung zustande, in der das Sportunternehmen eine soziale Verantwortung für die Zustände in den Zulieferbetrieben anerkennt und diese zugleich auffordert, sich an die im Verhaltenskodex von adidas verankerten sozialen und Menschenrechtsstandards zu halten. Dazu findet eine unabhängige Überwachung durch die Fair Labour Association statt.²⁶

Das schwedische Außenministerium hat ein Handbuch zur Handhabung der OECD-Leitsätze aufgelegt, das unter schwedischen Unternehmen und an die schwedischen Botschaften verteilt wurde. Bei der Prüfung eines Falles über zwei schwedische Unternehmen in Ghana im Februar 2003 wurde zwar die Beschwerde zurückgewiesen, doch der NCP weitete den Blick über den konkreten Beschwerdefall hinausgehend auf die Gesamtsituation vor Ort aus und machte konkrete Vorschläge zum besseren Einsatz der Leitsätze. Der NCP forderte die Unternehmen auf, dafür zu sorgen, dass die Leitsätze vor Ort sowohl innerhalb des Betriebes als auch extern bekannt gemacht werden. Von besonderer Bedeutung, wie die OECD-Leitsätze umfassend genutzt werden können, ist in Schweden ihr Einsatz in der bereits erwähnten *Swedish Partnership for Global Responsibility* (vgl. Kapitel 2).

Während sich die britische CSR-Politik als umfassend darstellt, ist aus der Sicht des NRO Netzwerkes *OECD-Watch* Großbritannien bei der Anwendung der OECD-Leitsätze kein Vor-

²⁶ Vgl. www.oesorichtlijnen.nl.

bild. Am britischen NCP wird vor allem die Trägheit und die fehlende Transparenz kritisiert. Hier gelten andere Kontaktstellen als aktiver.

3.1.2 Zum Einsatz der Sustainable Reporting Guidelines der GRI

Schweden und auch die Niederlande unterstützen den Einsatz der SRG aktiv. Schweden hat im Rahmen der *Swedish Partnership for Global Responsibility* eine Studie bei GRI in Auftrag gegeben, um die Synergieeffekte zwischen den OECD-Leitsätzen und den SRG herauszuarbeiten und dadurch eine Handreichung für die Berichterstattung über den Einsatz der OECD-Leitsätze anzubieten.²⁷

In den Niederlanden bildet die Berichterstattung von Unternehmen einen Schwerpunkt der CSR-Politik der Regierung. Unternehmen sollen unterstützt werden, auf freiwilliger Basis eine CSR-Berichterstattung zu entwickeln. So hat – wie bereits erwähnt – der Council for Annual Reporting im Jahr 2003 erstmals Richtlinien für die Abfassung solcher CSR-Berichte herausgegeben. Bei der Ausarbeitung der niederländischen Richtlinien gingen neben den SRG auch Erfahrungen von Unternehmen wie Shell ein, wonach von einer auf Indikatoren basierenden Berichterstattung abgerückt und stattdessen – auch als vertrauensbildende Maßnahme auf lokaler Ebene – eine Evaluation durch lokale Stakeholder favorisiert wird.²⁸

Die folgende Tabelle 3 zeigt die Zahl der Unternehmen, die sich weltweit bei zwei der hier vorgestellten Instrumente engagieren. Interessant ist der deutliche Zuwachs innerhalb eines kurzen Zeitraums von drei bis vier Monaten. Dennoch fällt angesichts von rund 64000 TNK die geringe Zahl der teilnehmenden Unternehmen auf.

TABELLE 3: BETEILIGUNG VON UNTERNEHMEN AN INTERNATIONALEN INSTRUMENTEN

Internationale Instrumente	April 2004	Dezember 2003*
UN Global Compact	1369**	1184
Global Reporting Initiative (using GRI Guidelines)	418***	366

* nach Utting (2004)

** <http://www.unglobalcompact.org/Portal>; 11.04.2004

*** <http://www.ethicaltrade.org/Z/abteti/who/memb/list.shtml#co>; 11.04.2004

27 Vgl. GRI (2003).

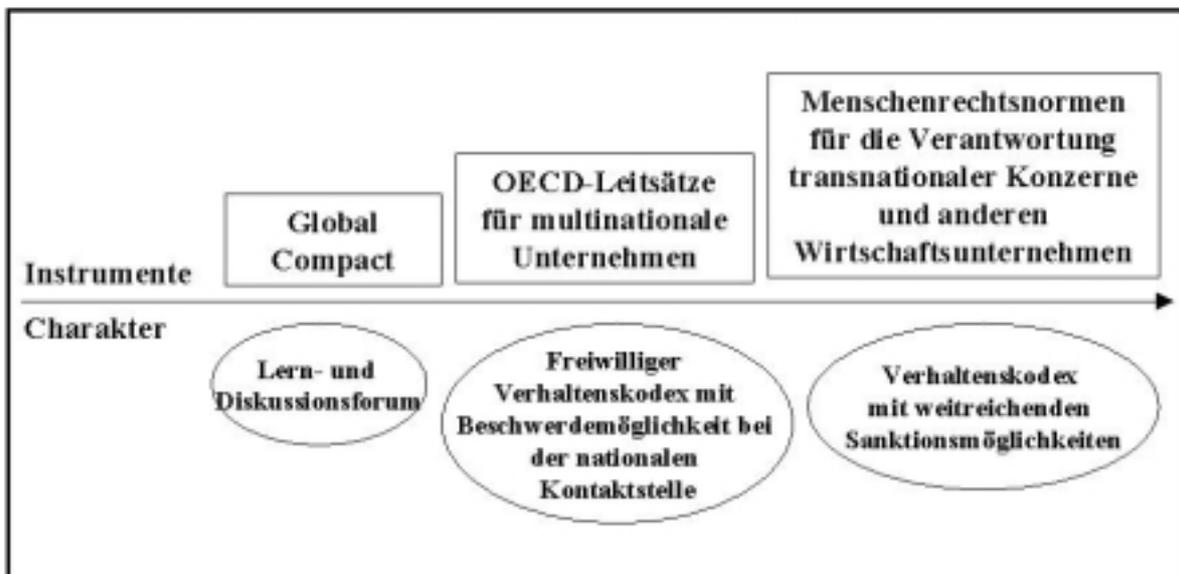
28 Vgl. http://www.csrcampaign.org/publications/TheNetherlands_page363.aspx.

3.1.3 Zusammenfassende Betrachtung über den Einsatz internationaler Instrumente für CSR

Die bisher anerkannten internationalen CSR-Instrumente, der GC, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die SRG der GRI, basieren alle auf dem Prinzip der Freiwilligkeit für Unternehmen. Unternehmen können beim GC und bei der GRI Mitglied werden. Allerdings ist nur ein sehr geringer Anteil der rund 64000 TNK in diesen internationalen Initiativen aktiv. In Ergänzung zu den drei genannten Instrumenten und auf diesen aufbauend werden derzeit die so genannten UN Normen diskutiert. Sie sind zwar umstritten, stellen aber im Prinzip ein eher hartes Instrument mit möglichen Sanktionsmechanismen dar.

Die Zielrichtung der hier vorgestellten Instrumente ist zwar unterschiedlich, legt man aber das Kriterium der Verbindlichkeit zugrunde, dann könnte man idealtypisch ein Kontinuum in Richtung auf mehr Verbindlichkeit unterstellen. Die SRG der GRI liegen gewissermaßen quer zu den genannten Instrumenten, weil sie sich einem spezifischen Thema widmen, nämlich der Berichterstattung, die für alle genannten Instrumente bedeutsam ist.

ABBILDUNG 1: ZUR VERBINDLICHKEIT INTERNATIONALER CSR-INSTRUMENTE



Quelle: Eigene Darstellung, 2004.

Der Einsatz von GC, OECD-Leitsätzen und SRG erfolgt in den drei untersuchten Ländern in unterschiedlicher Weise. Auffallend ist, dass der GC außer bei *Globalt Ansvar* in Schweden kaum eine aktive Rolle spielt. Zugleich wird das derzeit wichtigste internationale Instrument zur Unterstützung von CSR, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, besonders in den Niederlanden und in Schweden breit – über den Auftrag der NCPs hinausgehend – als CSR-Instrument insbesondere für die Geschäftstätigkeit von Unternehmen in Entwicklungs-

ländern eingesetzt wird. Über die Leitsätze informiert in Schweden ein Handbuch, das auch an die Botschaften in Entwicklungsländern verteilt wurde. Offen bleibt jedoch, inwiefern dort eine allgemeine Informationspolitik zu den Leitsätzen betrieben wird. In Schweden werden die Leitsätze bei *Globalt Ansvar* ressortübergreifend angewendet.

3.2 Anreizsysteme zur Stärkung von CSR in ausgewählten EU-Ländern

Die Einsicht über die Bedeutung von CSR als Wettbewerbsvorteil lässt sich durch politische Maßnahmen fördern. Dazu sind Anreize (*incentives*) auf unterschiedlichen Ebenen denkbar:

- Wirtschaftliche und damit eher ‚harte‘ Motive für die Befolgung von CSR ergeben sich durch die Verknüpfung von CSR mit der Auftragsvergabe. Dies können Aufträge im Bereich der TZ und öffentliche Aufträge (*public procurement*) insgesamt sein. Die öffentliche Hand kann hier eine Vorreiterrolle für eine praktizierte CSR-Politik übernehmen.
- Die Bindung von Exportkrediten, Bürgschaften und Investitionsgarantien an die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards, beispielsweise die Verknüpfung mit den OECD-Leitsätzen, ist eine seit langem vorgebrachte Forderung von NRO und Gewerkschaften. Eine solche Bindung würde dazu führen, dass zielgerichtet bei Geschäften in Entwicklungsländern international anerkannte Standards eingehalten werden müssen.
- Das Interesse der Unternehmen, CSR umzusetzen, steigt durch eine wachsende Nachfrage von AktionärInnen nach ethischen und sozial verantwortlichen Investitionen. Ein Grund dafür sind negative Entwicklungen auf den globalen Finanzmärkten und die Forderung nach mehr Transparenz in der Berichterstattung der Unternehmen. Dadurch soll sicher gestellt werden, dass beim Kauf von Aktien mehr Sicherheit und Nachhaltigkeit gewährleistet wird.
- Auch größere Vermarktungschancen, beispielsweise Kaufanreize durch Siegel etc., stellen für Unternehmen einen Anreiz dar, Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards zu beachten.
- Schließlich kann auch die öffentliche Anerkennung für Unternehmen Ansporn sein, Standards einzuhalten und CSR ernst zu nehmen, beispielsweise durch Unternehmerpreise oder auch durch eine positive Medienberichterstattung.

Diese unterschiedlichen Anstöße werden in den hier untersuchten europäischen Ländern unterschiedlich praktiziert. Dabei kennen alle so genannte CSR-Preise, und in allen Ländern existieren Siegel oder auch *Labels*. Die härteren Maßnahmen der Knüpfung der Vergabe öffentlicher Aufträge sowie von Exportkrediten, Bürgschaften und Investitions Garantien an die Einhaltung von CSR befinden sich erst im Aufbau und ihre Förderung sollte politisch unterstützt werden. Dasselbe gilt für den Ausbau des ethischen Investierens.

3.2.1 Öffentliche Aufträge in der EU und in den Niederlanden

Die Bindung öffentlicher Aufträge an die Einhaltung international anerkannter Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards erscheint im Prinzip sinnvoll und stellt auch eine harte Maßnahme dar, die zugleich Ausdruck für eine konsistente CSR-Politik ist. Insgesamt jedoch sind zu diesem Bereich nur wenige Informationen erhältlich, und es scheint diesbezüglich in keinem der untersuchten Länder eine entsprechende umfassende Praxis zu geben.

Auf der europäischen Ebene bestehen jedoch seit einiger Zeit Bemühungen, das öffentliche Beschaffungswesen innerhalb der EU an Standards zu knüpfen und die Vergabepolitik zu harmonisieren. So veröffentlichte die Europäische Kommission 1996 ein Grünbuch mit dem Titel "Das öffentliche Auftragswesen in der Europäischen Union: Überlegungen für die Zukunft", um damit eine Debatte über die Modernisierung und Vereinfachung der Vergabekriterien für das öffentliche Auftragswesen in Gang zu setzen. Das Grünbuch verknüpft das Vergabewesen mit sozialen Belangen und dem Umweltschutz. So heißt es im Abschnitt 5.39: "Die öffentlichen und die sonstigen Auftraggeber können aufgefordert sein, die verschiedenen Aspekte der Sozialpolitik bei ihrer Auftragsvergabe zu berücksichtigen, zumal öffentliche Beschaffungen erheblich dazu beitragen können, die Wirtschaftsteilnehmer in ihrem Handeln zu lenken."²⁹ Die einzelnen Staaten als Auftraggeber sind bei der Definition des Auftragsgegenstandes frei und können bei der technischen Spezifikation Kriterien wie Umweltschutz und -zeichen sowie soziale Belange einfordern. Letztere müssen sich auf das Produktionsverfahren beziehen und dürfen nicht als Ausschlusskriterium für Unternehmen diskriminierend verwendet werden.³⁰

29 Vgl. EU-Kommission (1996), S. 49.

30 Vgl. Hoffer/Schölz (2002), S. 64.

Die EU Kommission schlägt in ihrer Mitteilung "Binnenmarktstrategie, Vorrangige Aufgaben 2003 - 2006" an den Rat, an das europäische Parlament, an den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und an den Ausschuss der Regionen vor, die Transparenz und den Informationsfluss zwischen Auftraggebern und -nehmern durch ein Netzwerk für das öffentliche Auftragswesen (*Public Procurement Network*) zu verbessern. Zusätzlich empfiehlt sie, bei Vertragsverstößen ein Gericht anrufen zu können.

Modernisierungsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen wurden im Dezember 2003 vom EU-Ministerrat und im März 2004 vom Europäischen Parlament verabschiedet.³¹ Die Mitgliedstaaten müssen in einem festgelegten Zeitraum diese Richtlinien in nationales Recht umsetzen. Die *Coalition for Green und Social Procurement*, eine Initiative verschiedener NRO (u.a. OXFAM, Fairtrade) kritisiert jedoch, dass die Einforderung sozialer Belange bei der Vergabe öffentlicher Aufträge unverbindlich bleibt. Sie bemängelt auch die geringe Bereitschaft der Kommission, bei der Ausarbeitung der Kriterien die Diskussion um Sozial- und Umweltstandards weiter voranzutreiben. Umstritten ist zudem, inwiefern zusätzlich zu Qualitätskriterien auch Herkunfts- und Produktionsmerkmale als Vergabekriterien aufgenommen werden können.

Vor dem Hintergrund dieses europäischen Prozesses und einem anhaltenden zivilgesellschaftlichen Druck wird die Regierung der Niederlande im Juni 2004 eine Gesetzesvorlage für eine ethische Bindung öffentlicher Aufträge vorlegen, die bereits im Jahr 2000 als Reaktion der Regierung auf das SER-Gutachten als *Sustainable Procurement Initiative* angekündigt worden war.³²

Von Bedeutung für die Stärkung von CSR bei öffentlichen Aufträgen ist auch ein Integritätspakt, der von *Transparency International* (TI) als Beitrag zur Korruptionsbekämpfung konzipiert wurde. Darin verpflichtet sich ein Unternehmen, seine Kommissionszahlungen offen zu legen und auf die Zahlung von Bestechungsgeldern zu verzichten (vgl. Kasten 2). Einen solchen Integritätspakt erwägt SIDA mit einem schwedischen Bauunternehmen für ein Bauprojekt in Bangladesh.³³

31 Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (30.04.2004).

32 Vgl. SER (2001), S. 112.

33 Vgl. Moberg (2004), S. 16.

KASTEN 2: INTEGRITÄTSPAKT VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL

Der Integritätspakt ist ein Konzept zur Verknüpfung der öffentlichen Auftragsvergabe mit dem Kampf gegen Korruption. Er wurde in den 1990ern von TI entwickelt und stellt ein verbindliches Abkommen zwischen den Vergabeinstitutionen, z. B. Regierungen, und den Anbietern für ein Projekt dar. Derzeit wird der Integritätspakt bereits in 14 Staaten erfolgreich angewandt, wobei es sich bisher überwiegend um Entwicklungsländer handelt. Der Anstoß für einen solchen Pakt geht in der Regel von den nationalen Chapters von TI aus.

Zumeist wird der Pakt unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an einem Runden Tisch vereinbart. Er beinhaltet Übereinkünfte gegen Bestechung und andere die Korruption fördernden Praktiken. Dazu werden Kernpunkte der Integrität sowohl für den Auftraggeber als auch für den Auftragnehmer niedergelegt.

NRO können bei einem solchen Prozess als Schlichter und Beobachter agieren. Sanktionsmechanismen bei einem Verstoß gegen das Abkommen sind ebenfalls vorgesehen, u. a. ist der Auftragsverlust oder auch der Ausschluss bei zukünftigen Ausschreibungen möglich.

Die entscheidende Schwachstelle der Pakts liegt darin, dass alle am Ausschreibungsprozess beteiligten Anbieter dem Pakt betreten müssen, um nicht doch von aussen durch konkurrierende Anbieter unterhöhlt zu werden. Dementsprechend kann der Pakt seine Wirkung nur unter der Beteiligung aller Akteure erreichen.

Weitere Informationen:

<http://www.transparency.org>

3.2.2 Die Verknüpfung von Exportkrediten, Kreditbürgschaften und Investitions-garantien mit CSR

Alle hier untersuchten Länder sind bei der Verknüpfung von Exportkrediten, Kreditbürgschaften und Investitions Garantien mit Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards zögerlich. Offensichtlich schrecken die Regierungen vor einer solchen Form der Konditionalisierung zurück. Dennoch existieren Bemühungen, solche staatlichen Zusagen stärker mit der CSR-Politik zu verknüpfen. So begrüßt Ecologic, ein Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik, in einer Auftragsstudie für die GTZ, dass nationale Exportkreditagenturen bei Krediten für große Staudammprojekte verstärkt ökologische und soziale Standards als Vergabekriterien berücksichtigen. Damit reagieren die Agenturen auf die z. T. heftige Kritik an ihrer bisherigen Praxis. Als weiteres Motiv für diese Verbesserung der Vergabepaxis nennt das Institut, dass zwar die Kosten für Umwelt- und Sozialstandards hoch sind, die Kosten bei einer Fehlinvestition jedoch um ein Vielfaches höher liegen.³⁴

Beispielsweise informiert das britische *Export Credit Guarantee Department* (ECDG), das dem DTI untersteht, auf seiner Website bereits vor einer Entscheidung über mögliche soziale und ökologische Folgen größerer Projekte.³⁵ ECGD hat den Anspruch, bei der Kreditvergabe auch die Förderung nachhaltiger Entwicklung, der Menschenrechte und von *good governance* im Auge zu haben.³⁶ Darüber hinaus führt die Agentur regelmäßig Multistakeholder-

³⁴ Vgl. Ecologic (2003), S. 6.

³⁵ Vgl. Ecologic (2003), S. 23.

³⁶ Vgl. Ecologic (2003), S. 27.

Gespräche für die Entwicklung spezifischer Verfahren durch.³⁷ Es wäre genauer zu überprüfen, inwiefern sich diese Verbesserung in der Vergabep Praxis auf die Kreditpolitik insgesamt ausgeweitet wurde.

In den Niederlanden existiert eine Verknüpfung von Exportkrediten und Investitionsgarantien mit den OECD-Leitsätzen. Dazu muss jedes in Frage kommende Unternehmen unterschreiben, dass es die Leitsätze kennt und sich an die darin niedergelegten Regeln halten wird.³⁸ Diese Bindung an die Leitsätze ist bisher jedoch nur schwach, denn es existiert keine Vereinbarung darüber, ob bei Nicht-Einhaltung eine Rücknahme der Zusagen erfolgt, auch findet keine Berichterstattung oder ein Monitoring über die Einhaltung der Leitsätze statt. Bisher liegen keine Erfahrungen über die Wirksamkeit dieser Bindung vor. Dennoch stellt eine solche Bindung von Exportkrediten und Investitionsgarantien an die OECD-Leitsätze einen wichtigen Fortschritt dar, da den Unternehmen auf diese Weise verdeutlicht wird, dass sie CSR praktizieren müssen, wenn sie finanzielle Zusagen durch den Staat erhalten wollen.

3.2.3 Zertifizierung als Instrument einer CSR-Politik

In allen Industrieländern existieren Qualitätssiegel, die auch als *Labels* bezeichnet werden, für Waren, bei denen Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards bei der Produktion beachtet werden. Dazu zählen in Deutschland bekannte Zertifikate wie der blaue Umweltengel oder auch Siegel, wie das *Flower Label Program (FLP)*, die eher einen Nischenmarkt bedienen. Das FLP wird für Blumen vergeben, bei deren Produktion spezifische Menschenrechte wie Nicht-Diskriminierung, ArbeitnehmerInnenrechte wie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Umweltstandards berücksichtigt werden. Am bekanntesten ist das ***Fairtrade Label***. Das Transfair/Fairtrade Logo ist ein in 17 europäischen Ländern, in Nordamerika und in Japan genutztes Siegel für unterschiedliche Produkte. 1997 gründeten die europäischen Fairtrade Organisationen die Dachorganisation *Fairtrade Labelling Organization (FLO)* mit Sitz in Bonn. FLO-Mitglieder sind – neben TransFair Deutschland, wozu auch Gepa gehört – die TransFair-Organisationen in Österreich, Italien, Luxemburg, Kanada, USA und Japan, die Max Havelaar-Stiftungen in Belgien, Dänemark, den Niederlanden, der Schweiz, Norwegen und Frankreich, die Fairtrade-Initiativen in Irland und Großbritannien sowie entsprechende Projekte in Finnland und Schweden.

37 Vgl. Ecologic (2003), S. 43.

38 Vgl. OECD-CIME (2003).

Fairtrade Produkte kommen in allen Industrieländern auf den Markt. In einigen Ländern und für einige Produkte, sind die Marktanteile relativ hoch. Dies gilt beispielsweise für fair gehandelte Bananen, die in der Schweiz einen Marktanteil von 30 % erreichen. Der Schweizer Einzelhandel verkaufte im Jahr 2003 von Max Havelaar zertifizierte Produkte in einem Wert von 156 Mio. CHF. Dies entspricht einer Umsatzsteigerung von 40% gegenüber dem Vorjahr.³⁹ Auch in Großbritannien sind die Marktanteile für Fairtrade Produkte angestiegen. Dies verdeutlicht, dass hier ein Wachstumspotenzial auf dem deutschen Markt liegen könnte, wozu jedoch ein Engagement großer Einzelhandelsketten wie Migros in der Schweiz hilfreich wäre. Trotz gestiegener Marktanteile führen Fairtrade Produkte aber eher ein Nischendasein, was von einigen Mitgliedern des Fairtrade Netzwerkes durchaus gewünscht zu sein scheint, um sich von Billigprodukten abzugrenzen.

Zertifizierungen durch Siegel und *Labels* setzen auf das Bewusstsein von KonsumentInnen, die mit ihrem Kaufverhalten Druck auf Unternehmen, Produzenten und Händler ausüben sollen, damit in stärkerem Maße Produkte, die unter Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards produziert wurden, auf den Markt kommen. Die Möglichkeiten, CSR mit Hilfe von Siegeln oder *Labels* in größerem Umfang durchzusetzen, werden unterschiedlich eingestuft. Nischenprodukten fehlt eine Breitenwirkung. Zudem wird seitens der KonsumentInnen eine gewisse Überflutung mit unterschiedlichen Zertifikaten und eine Abstumpfung befürchtet. Offen bleibt jedoch, ob einheitliche Zertifikate hier Abhilfe schaffen können. So hat die belgische Regierung ein einheitliches Sozialsiegel (*Social Label*) eingeführt, das die Arbeitsbedingungen, unter denen ein Produkt hergestellt wurde, dokumentieren soll. Unternehmen können sich auf freiwilliger Basis für das Siegel bewerben, das für ein Produkt und nicht für das Unternehmen insgesamt vergeben wird. Ein unabhängiger Ausschuss prüft und entscheidet über die Vergabe. Grundlage für die Vergabe des Siegels bildet die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO (*core labor standards*), die jedoch in einem Industrieland wie Belgien längst erreichter Standard sind, während ihre Durchsetzung in vielen Entwicklungsländern einen wirklichen Fortschritt darstellen würde. Wird das *Social Label* aber - wie bisher ausschließlich geschehen - für in Belgien produzierten Waren vergeben, dann bedeutet dies eine Auszeichnung für Standards, die in Belgien bereits durchgesetzt sind. Das *Social Label* verliert somit seine Aussagekraft. Das Verfahren ist jedoch noch neu und sollte erst nach weiteren Erfahrungen umfassend bewertet werden. Interessant ist jedoch, dass das 16-köpfige

39 Vgl. <http://www.maxhavelaar.ch>.

Auswahlkomitee, das sich aus unterschiedlichen Stakeholdern zusammensetzt, und nicht das zuständige Ministerium die Vergabeentscheidung trifft.

Auch wenn die Wirkung auf die Märkte in den Industrieländern beschränkt sein mag, so haben zertifizierte Produkte in Entwicklungsländern dennoch wichtige Effekte. ProduzentInnen und Beschäftigte in der Produktion gesiegelter Produkte sind besser gestellt, was ihre Arbeits- und Lebensbedingungen anbelangt. Zusätzliche Multiplikatoreneffekte, beispielsweise ob die ProduzentInnen, die an Fairtrade verkaufen, auch über bessere Produktions- und Marktkenntnisse verfügen, die es ihnen ermöglichen, auf dem Gesamtmarkt eine bessere Position zu erlangen, müssten geprüft werden. Die Zertifizierung insbesondere von Agrarprodukten kann aber auch Markteintrittsbarrieren bis hin zum Marktausschluss erzeugen. Dies könnte insbesondere Kleinproduzenten betreffen, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind. Mögliche negative Auswirkungen der Zertifizierung müssen von Entwicklungsagenturen berücksichtigt werden.

3.2.4 Die Verleihung von CSR-Preisen

In den meisten europäischen Ländern werden CSR-Preise vergeben, die z. T. symbolisch hoch aufgeladen sind. So werden in Großbritannien jährlich *Awards for Excellence* verliehen. Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch unabhängige ExpertInnen und die Preisverleihung findet durch den *Minister for CSR* des DTI in einer feierlichen Zeremonie statt. Bemerkenswert bei diesen Preisen ist, dass für die Auswahl nicht die gesamte soziale oder ökologische Performance eines Unternehmens entscheidend ist, sondern dass sie projektbezogen, also für Einzelmaßnahmen, verliehen werden.

Einige der CSR-Preise, wie der Carl Bertelsmann-Preis in Deutschland, stellen rein privatwirtschaftliche Initiativen dar. Im Unterschied zu den meisten Preisen, für die sich die Unternehmen mit ihren Projekten bewerben können, werden beim Carl Bertelsmann-Preis auf Vorschlag einer internationalen Kommission Expertisen über Unternehmen erstellt. Diese bilden die Grundlage dafür, dass Unternehmen für die Preisvergabe überhaupt in Betracht kommen. Andere Preise, beispielsweise der TRIGOS-Preis in Österreich, sind eingebunden in Multistakeholder-Initiativen (vgl. Kasten 3).

Zur Stärkung von CSR in Europa hat die EU 2003 erstmals den Preis „**Best Workplaces in the EU**“ für Unternehmen ausgeschrieben, die in den Bereichen Lebenslanges Lernen, Geschlechtergleichstellung und Maßnahmen gegen Diskriminierung vorbildlich sind. Unternehmen können alle Unternehmen im europäischen Raum. Grundlage für die Auswahl bilden MitarbeiterInnen-Audits, in denen die relevanten Kriterien abgefragt werden. Folgende Preise werden vergeben:

- Aufnahme in die Liste europaweit bester Arbeitsplätze,
- Europaweiter Lebenslanges Lernen-Preis,
- Europaweiter Geschlechtergleichstellungs-Preis,
- Europaweiter Anti-Diskriminierungs-Preis und
- Aufnahme in die Liste nationaler bester Arbeitsplätze.

KASTEN 3: DER TRIGOS-PREIS IN ÖSTERREICH

Name	Trigos
Preisvergabe	Jährlich
Jury	<p>Die Bewertung der Einreichungen erfolgt durch eine unabhängige Fachjury, bestehend aus den Vertretern der Trigos-Initiatoren und Personen aus Wissenschaft und Wirtschaft. Derzeit sind dies</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Generalsekretär der Caritas Österreich • der stellvertretende Generalsekretär des Österreichischen Roten Kreuzes • die Leiterin für PR und CSR von SOS-Kinderdorf Österreich • der Geschäftsführer von WWF Österreich • der Generalsekretär der Industriellenvereinigung • der stellvertretende Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich • die Mitgesellschafter von HUMANS.WORLD • der Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien • die Leiterin des Instituts für Sozialethik an der Theologischen Fakultät der Universität Wien
Teilnahmebedingungen	<p>Alle österreichischen Unternehmen, die Projekte und Strategien für gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln realisieren bzw. initiieren.</p> <p>Das eingereichte Projekt, mit dem das Unternehmen die gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt, muss im Jahr der Bewerbung gestartet oder beendet worden sein.</p> <p>Ein eingereichtes Projekt kann in den Folgejahren nicht mehr eingereicht werden.</p> <p>Das Projekt kann sowohl an österreichischen als auch an ausländischen Standorten eines Unternehmens durchgeführt werden/worden sein.</p>
Kriterien	<ul style="list-style-type: none"> • Basisdaten über das Unternehmen • Auswahl der Kategorie: Gesellschaft, Arbeitsplatz oder Markt • Beschreibung des Projekts <p>Für jedes Kriterium werden der Zugang zu den Informationen und das Ergebnis abgefragt und bewertet. So kann die Jury zwischen exzellenten Ergebnissen, die eher zufällig entstanden und strategisch vorbildlich geplanten Aktionen mit noch geringem sichtbaren Effekt unterscheiden</p> <p><i>Kriterien:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Fragen zum Projekt (je nach Kategorie) • Selbsteinschätzung zu unterschiedlichen Aspekten in der Einreich-Kategorie • Anlass und Lösung: Wie kam es zu dem Projekt / zur Strategie und was hat sich konkret dadurch geändert? • Vorbild: Was ist neu, besonders, einzigartig? Wer kann von dem Projekt lernen? • Partnerschaft: Wer sind die Partner im Projekt / in der Strategie? Wer war die treibende Kraft? • Integration: Welchen Stellenwert hat die Aktivität im Unternehmen? • Nutzen: Welche Ziele wurden gesetzt, welche wurden erreicht?
Träger	<p>Österreichische Rotes Kreuz Caritas SOS-Kinderdorf WWF HUMANS.WORLD WKO - Wirtschaftskammer Österreich IV - Industrielle Vereinigung</p>
Website	http://www.trigos.at

3.2.5 Initiativen für ethisches Investieren

Ethisches Investieren kann einen wichtigen Impuls geben, um CSR als Bestandteil der Unternehmenspolitik zu verankern. In einigen europäischen Ländern schreiben seit einiger Zeit Gesetze vor, dass Pensionskassen, Fondsgesellschaften und Finanzdienstleister offen legen, wie sie ökologische und soziale Kriterien in ihren Anlagestrategien berücksichtigen. Zudem werden Forderungen erhoben, dass Investitionen neben ökonomischen auch auf sozialen und ökologischen Grundlagen erfolgen. Ein solches *Socially Responsible Investing* (SRI) lässt sich als ein wichtiger Teilbereich von CSR verstehen. SRI ist in vielen Staaten bisher eine eher privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Initiative. Es haben sich unterschiedliche Netzwerke zur Stärkung von SRI gebildet.

Die *SiRi Group* ist ein Zusammenschluss aus 15 führenden Sustainability Research Agenturen aus elf Ländern. Unternehmen lassen sich von ihnen freiwillig evaluieren, ob sie Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards in ihrer Geschäftstätigkeit beachten. Auf diese Weise erhalten mögliche ethische Investoren Informationen, ob ein Unternehmen als Investitionsobjekt in Frage kommt. Bewertungsgrundlage ist der *Global Ethical Standard* (GES), der auf international anerkannten Normen basiert. Zur Zeit unterziehen sich rund 3000 Unternehmen aus Europa, den USA, Kanada und Australien einer solchen Bewertung.⁴⁰

KASTEN 4: GLOBAL ETHICAL STANDARD

Kriterien für GES sind unternehmensrelevante, internationale Normen. Dazu gehören u.a.

- die in der Allgemeinen Erklärungen der Menschenrechte niedergelegten Rechte,
- die ILO Kernarbeitsnormen,
- der Umweltschutz,
- der Abbau von Bestechung und Korruption,
- die Berücksichtigung des ABC-Waffenverbots.

Verstoßen Unternehmen gegen die GES-Normen, können sie entweder auf eine Ausschluss- oder Beobachtungsliste gesetzt werden. Ende 2003 standen ca. 35 Firmen auf der Ausschlussliste und 100 auf der Beobachtungsliste. Die SiRi Qualitätskriterien wurden 2003 auf einer *Triple Bottom Line Investing Conference* (TBLI) in Amsterdam vorgestellt. Die TBLI ist die weltgrößte Konferenz für sozial verantwortliche und nachhaltige Geldanlagen und wurde erstmals 1999 veranstaltet.⁴¹

40 Vgl. www.scoris.org/leistungen/leistungen_ges.

41 Vgl. www.tbli.org.

Eine Studie der *SiRi Group* in Kooperation mit *CSR Europe*⁴² bietet einen Überblick über die Entwicklung von 280 SRI Publikumsfonds in Europa. Nach Angabe eines Berichtes von *scoris* (2003), dem deutschen *SiRi*-Mitglied, wurden nahezu 60% des Anlagevolumens der SRI Publikumsfonds⁴³ in Großbritannien, Schweden und den Niederlanden im Jahr 2003 investiert; danach folgen Italien, die Schweiz, Frankreich und Belgien. Deutschland liegt in bezug auf Nachhaltigkeitsfonds auf Rang acht. Ein besonders stetiges Wachstum im Bereich von SRI stellt *scoris* in Belgien und Großbritannien fest.⁴⁴

In Belgien wurde bereits 1992 das *Ethibel Label* eingerichtet. *Ethibel* ist eine Non-Profit-Organisation und offen für KMU und große Unternehmen. Ziel ist die Qualitätssicherung bei Geldanlagen. Das *Ethibel Label* ist in allen europäischen Ländern registriert, wird von verschiedenen Partnern gefördert und hat GES integriert. In Belgien ging die Initiative für ethisches Investieren zunächst von einer Bank aus, andere belgische Finanzinstitute folgten und griffen das Thema Nachhaltigkeit auf. Der Durchbruch kam schließlich im Jahr 2000, als sich innerhalb eines Jahres die Zahl der SRI-Fonds und der involvierten Banken verdoppelte. Ende 2001 existierten bereits 36 belgische SRI-Publikumsfonds, wovon zwei Drittel von *Ethibel* betreut werden. Übereinstimmende Ausschlusskriterien bei SRI-Fonds sind Rüstungsgüter/Waffen, Atomenergie, Tabak, Glücksspiel, Menschenrechtsverletzungen, Pornografie. Positive Kriterien sind Umweltpolitik, ökologische Produktqualität, prozessorientierter Umweltschutz, Beziehungen zu KundInnen und LieferantInnen, Produktsicherheit und MitarbeiterInneninteressen. Damit konnte sich in Belgien ein relativ hoher Standard bei der externen Überwachung und der Nachhaltigkeitsqualität der Fonds durchsetzen.⁴⁵

In Großbritannien ist ethisches Investieren zu einer wichtigen Multistakeholder-Bewegung geworden, die sowohl transnational als auch national agiert. So ist das *Sustainable Investment Forum* zwar ein britischer Zusammenschluss, doch das Forum will die Entwicklung und die positiven Auswirkungen von SRI über Großbritannien hinaus steigern. Mitglieder des Forums sind Manager, Finanzberater, Banken, Community Development Financial Institutions, Berater, Forscher und NRO.⁴⁶ Ziel ist es, die Anleger darüber zu informieren, ob Kriterien der Nachhaltigkeit bei Investitionen Berücksichtigung finden. Dazu werden Instrumente wie Indizes und externes Auditing eingefordert und entwickelt. Ein Beispiel für einen solchen Index

42 *CSR Europe* ist ein Netzwerk transnationaler Unternehmen, die einen Sitz in Europa haben.

43 Grundsätzlich unterteilen sich Fonds in Publikumsfonds und Spezialfonds. Spezialfonds sind ausschließlich für institutionelle Investoren und nicht für natürliche Personen bestimmt. Pensionskassen greifen oft auf Spezialfonds zu.

44 Vgl. Bartolomeo, M./ Wilhelm, A. (2003).

45 Vgl. Bartolomeo, M./ Wilhelm, A. (2003).

46 Vgl. www.csrcampaign.

ist der *FTSE4Good*, der versucht ethisches Verhalten von Unternehmen nach den Kriterien ökologische Nachhaltigkeit, Einhaltung und Förderung der Menschenrechte, Beziehungen zu den Stakeholdern und soziale Angelegenheiten zu erfassen. Ausschlusskriterien sind Tabakanbau, Rüstung sowie Uranabbau und Atomkraft. Die Einnahmen aus *FTSE4Good Index* werden an *UNICEF* überwiesen.

Schwedische Kirchenorganisationen und NRO haben unter dem Namen *Humanix* eigene Kriterien für ihre ethischen Investitionen entwickelt und dazu einen Index und Fonds ins Leben gerufen. Das Ergebnis ist ein nachhaltiges Investmentkonzept, das nicht nur für die Investitionen der Träger dient, sondern auch anderen Organisationen offen steht. Die Träger von *Humanix* sparen hier nicht nur Gebühren, sondern verdienen daran, die Gelder anderer Organisationen zu verwalten. Die Erträge kommen der eigenen Arbeit im sozialen oder ökologischen Bereich zugute.

Der *Sustainable Investment Report Europa 2003* von Scoris berichtet von einer Regulierungsinitiative aus dem Jahr 2003 der US-Börsenaufsicht *SEC*. *SEC* verpflichtet alle Investmentfonds, über ihr Abstimmungsverhalten auf Hauptversammlungen zu berichten. Es wird erwartet, dass dadurch – auch im Zusammenhang mit dem Auftreten einiger kritischer Aktionäre und entsprechende Anträge auf den Hauptversammlungen – SRI bezogene Inhalte und Aktivitäten deutlich zunehmen werden, da auch konventionelle Investmentfonds zu Nachhaltigkeitsthemen Stellung nehmen müssen.⁴⁷

Zusätzlich zu diesen Initiativen auf der nationalen Ebene hat die EU-Kommission im März 2003 einen Vorschlag zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG⁴⁸ herausgegeben. Darüber hinaus überarbeitet die EU-Kommission zur Zeit die bestehende ‚*financial services legislation*‘. Die *Transparency Obligations Directive* (TOD) ist eines der Elemente im *Financial Services Action Plan*, der bis Mitte 2004 fertig gestellt und bis Dezember 2005 umgesetzt sein soll. TOD beinhaltet Mindestanforderungen an Transparenz, die von Firmen aus dem extraktiven Bereich auf den EU regulierten Märkten eingehalten werden müssen. Diese Gesetzgebung wird auch CSR im europäischen Raum unterstützen, weil Unternehmen zur Transparenz ihrer Finanzaktivitäten verpflichtet werden.

47 Vgl. Bartolomeo, M./Wilhelm, A. (2003), S. 5.

48 Vgl. EU-Kommission, KOM (2003) 138 endgültig.

In Schweden ist die Entwicklung von SRI weit vorangeschritten und wurde durch eine Vorgabe der Regierung flankiert, dass schwedische Pensionskassen SRI in der Anlagepolitik und entsprechende Einwände von Gewerkschaften und Kirchen berücksichtigen sollen. Im Jahr 2001 hat einer der größten staatlichen schwedischen Pensionsfonds, der *Sjunde AP-fonden* (AP7), 30 internationale Unternehmen aus seinem Portfolio herausgenommen, da diesen Verstöße gegen geltende schwedische oder internationale Umwelt- oder Sozialstandards nachgewiesen wurden. Ähnlich verfahren in der Zwischenzeit auch andere schwedische Pensionsfonds.⁴⁹

3.2.6 Zusammenfassende Bewertung des Einsatzes unterschiedlicher Anreizsysteme für die Stärkung von CSR

Anreizsysteme können Unternehmen zur Beachtung von und zum Einsatz für Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards motivieren. Bedeutsam ist hier insbesondere die Bindung öffentlicher Aufträge, von Exportkrediten, Bürgschaften und Investitions Garantien an die Einhaltung international anerkannter Standards. Eine solche Verknüpfungen öffentlicher Aufträge wird in den hier untersuchten Ländern bisher erst zögerlich vorgenommen. Doch es ist zu erwarten, dass eine Initiative der EU-Kommission zur Bindung der Vergabe öffentlicher Aufträge an CSR zu einer eindeutigeren Politik europäischer Regierungen in dieser Frage führen wird. So wird beispielsweise die niederländische Regierung, nachdem sie dies bereits in 2001 angekündigt hatte, im Sommer 2004 eine entsprechende Gesetzesinitiative vorlegen. In den Niederlanden wird die Vergabe von Exportkrediten und Investitions Garantien mit einem Bekenntnis der betroffenen Unternehmen zur Einhaltung der OECD-Leitsätze verknüpft. Dieser Initiative fehlt bisher jedoch eine unabhängige Überwachung, die eine Erfolgskontrolle der Leitsätze und Standards ermöglichen würde.

Auch das ethische Investieren ist ein Bereich, der zu den eher marktwirtschaftlichen Anreizen zählt und Impulse setzen kann, um CSR als Bestandteil der Unternehmenspolitik zu verankern. Hier überwiegen bisher jedoch die zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Initiativen, während flankierende politische Maßnahmen noch die Ausnahme bilden. Dazu zählen Gesetze, durch die Pensionskassen, Fondsgesellschaften und Finanzdienstleister offen legen müssen, wie sie ökologische und soziale Kriterien in ihren Anlagestrategien berücksich-

49 Vgl. Wilhelm (2002), S. 2.

tigen. Ein weiteres Beispiel, das noch eingehender zu prüfen ist, ist eine Vorgabe der US-amerikanischen Börsenaufsicht aus dem Jahr 2003 zur Berichterstattung über die Unternehmensführung.

Die Zertifizierung von Produkten ist ein wachsender Trend und zählt ebenfalls zu Anreizen, die marktwirtschaftlich funktionieren. In Belgien wird seit kurzem, ein einheitliches *Social Label* vergeben. Allerdings ist bisher offen, ob ein einheitliches Zertifikat tatsächlich sinnvoll sind, weil die Produktionsverfahren für unterschiedliche Produkte variieren und in Industrieländern und Entwicklungsländern abweichende Maßstäbe erforderlich sind. Am bekanntesten ist das *Fairtrade Label*, das weltweit und mit unterschiedlichem Erfolg zum Einsatz kommt. Zertifizierungen können sich als zweiseitig erweisen, weil sie zur Bewusstseinsbildung der Konsumenten beitragen und den Produzenten höhere Preise einbringen. Zum anderen können sie aber auch als Markteintrittsbarriere dienen, die gerade Kleinbauern treffen kann. Indirekt kann so die Zertifizierung die Armut großer Bevölkerungsgruppen verschärfen. Zertifizierungen sind ein wachsender und gewinnbringender Geschäftsbereich, weil Zertifikate teuer sind. Gewerkschaften stehen dem Trend zur Zertifizierung eher skeptisch gegenüber. Stattdessen treten sie für *local empowerment* und *self monitoring* ein.

Einen eher symbolischen Anreiz stellt die Vergabe von Preisen an Unternehmen dar, die CSR bei ihren Geschäften beachten. In allen europäischen Ländern gibt es solche Preise, die nach unterschiedlichen Kriterien vergeben werden. Die Preisleihung stellt ein wichtiges, aber zu den marktwirtschaftlichen Anreizen eher flankierendes Instrument dar. Für eine umfassende Wirkung sollten Preise darauf abzielen, dass nicht einzelne Maßnahmen, sondern nur ein Unternehmen insgesamt prämiert wird.

4 Bewusstseinsbildung zur Unterstützung von CSR in Großbritannien, Schweden und den Niederlande

Soll CSR-Politik erfolgreich sein, dann benötigt sie die Unterstützung der beteiligten Akteure und letztlich der gesamten Gesellschaft. Dazu muss die CSR-Politik in ihrer Gesamtheit als eine einheitliche Politik und ihr Gewicht für die Gestaltung der globalen Wirtschaft vermittelt werden. Dies erfordert u. a. eine systematische Aufklärung der Stakeholder und der Unternehmen über die Bedeutung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards für die Gestaltung der globalen Wirtschaft.

Eine solche Bewusstseinsbildung geschieht gezielt beispielsweise durch Kampagnen und durch das Ansprechen möglicher Multiplikatoren (Presse, öffentliche Einrichtungen, Jugendliche). Aufklärung über die Notwendigkeit und die Bedeutung von CSR sollte darüber hinaus ein integrativer Bestandteil der in den vorherigen Kapiteln vorgestellten Einzelmaßnahmen, beispielsweise bei der Verleihung von Preisen, sein. Zugleich entfalten viele der oben beschriebenen Maßnahmen auch eine implizite Wirkung für die Bewusstseinsbildung, wobei sie aber stärker publik gemacht werden müssten. Letztlich wird nur die Einflussnahme auf gezielte Bevölkerungsgruppen und zugleich ein Zusammenwirken verschiedener Maßnahmen eine entsprechende Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung herbeiführen können.

Für die Aufklärung der Bevölkerung über die Herausforderungen der Globalisierung existiert in DFID eine so genannte *Development Awareness Working Group*, die auf vielfältige Weise zu „*building awareness and understanding of development in the UK*“ beitragen soll. Explizit genannt werden hier die Bildungseinrichtungen, die Medien, Unternehmen und Gewerkschaften sowie die verschiedenen Glaubensgemeinschaften.⁵⁰

Von besonderer Bedeutung für die Stärkung von CSR sind

- VerbraucherInnen,
- UnternehmerInnen und Belegschaften.

⁵⁰ Vgl. <http://www.dfid.gov.uk/DFIDInUK/main.htm>.

4.1 Zur Aufklärung von VerbraucherInnen

Für eine erfolgreiche CSR-Politik stellen die KonsumentInnen in den Industrieländern vielleicht die wichtigste Stakeholdergruppe dar. Mit ihrer Kaufentscheidung entscheiden sie über den Markterfolg von Waren, die in Einklang mit Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards produziert und gehandelt werden. Deshalb ist es unerlässlich, sie für die mit CSR verbundenen Probleme in Entwicklungsländern zu sensibilisieren. Diese Aufgabe ist längst erkannt, beispielsweise arbeiten die Entwicklungsministerien der verschiedenen Staaten mit den nationalen Verbraucherberatungen zusammen. So finanziert die niederländische Regierung ein Projekt der Verbraucherberatung (*Consumentenbond*), die das Thema CSR seit ca. zwei Jahren aufgegriffen hat. Die Einrichtung will eine CSR-Datenbank erstellen, worin die Einhaltung von Standards bei verschiedenen Produkten erfasst und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Eine weitere Maßnahme in den Niederlanden ist, dass CSR neben technischen Daten wie Haltbarkeit und Handhabung als zusätzlicher Indikator in die Produktinformation zu testender Waren aufgenommen werden soll.

Eine Vorreiterrolle bei der Erziehung der KonsumentInnen spielt die Fairtrade Bewegung, die von den Entwicklungsministerien in den drei Ländern finanziell unterstützt wird. Mit Hilfe von Fairtrade Siegeln können viele Probleme der sozial und umweltverträglichen Produktion in Entwicklungsländern angesprochen werden. Die Wirkung von Fairtrade geht über die bereits bewussten Fairtrade KundInnen hinaus, weil fair produzierte und gehandelte Produkte eine Herausforderung und eine Messlatte für konventionell hergestellte Waren bilden.

4.2 Beispiele für *Awareness Raising* bei Unternehmen und Beschäftigten in Großbritannien und auf europäischer Ebene

Nicht nur das Verhalten von KonsumentInnen ist wichtig für eine erfolgreiche CSR-Politik. Die *Development Awareness Working Group* von DFID wendet sich bewusst auch an Unternehmen, die in Entwicklungsländern investieren, und an die Gewerkschaften, um so – gewissermaßen von unten - ein gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame Sprache für Probleme der Globalisierung zu entwickeln. Zu diesem Thema wurde im November 2001 ein Bericht „*The Global Dimension. How business and trade unions can work with DFID*“ veröffentlicht. Der Bericht schlägt Möglichkeiten der Kooperation bei Gewerkschafts- und Unter-

nehmensprojekten vor, die sich jedoch kaum von den Maßnahmen anderer Länder unterscheiden.

Bereits in der Mitteilung der EU-Kommission zur sozialen Verantwortung von Unternehmen werden CSR-Schulungen zur Sensibilisierung künftiger UnternehmerInnen gefordert, die insbesondere in Wirtschafts- und Managementschulen Einzug finden sollen.⁵¹ Damit soll das Wissen über Unternehmensmanagement mit CSR verknüpft und Multiplikatoren für CSR in der Unternehmenswelt sollen herausgebildet werden. Ein Beispiel ist die Europäische Akademie für CSR, die von der *CSR Campaign* in ihrem Aktionsplan für 2005 vorgeschlagen wurde, und an der u. a. Manager und Unternehmer teilnehmen sollen.⁵²

KASTEN 5: EUROPEAN ACADEMY ON CSR

The Campaign will establish a European Academy on CSR under the leadership of a core group of European CEOs and Deans. This virtual Academy for Today's and Tomorrow's Managers will

- be a platform for ongoing **dialogue** between leaders in the Business and Academic community,
- stimulate **research** on the business case for CSR,
- improve the **teaching** of CSR principles and business strategies in European universities and business schools,
- co-ordinate a **European internship programme** on CSR.

4.3 Strategic Grant Agreements von DFID

So genannte *Strategic Grant Agreements* (SGAs) wurden von DFID im Jahr 2002 eingerichtet. Mit diesem Instrument will das Ministerium strategische Partnerschaften mit Organisationen der britischen Zivilgesellschaft eingehen, die Entwicklungszusammenarbeit bisher nicht im Zentrum ihrer Aktivitäten haben. Ziel ist es, neben NRO, die bereits finanziell unterstützt werden, auch unter diesen Gesellschaftsgruppen und Organisationen ein Problembewusstsein für die internationale Entwicklungsproblematik zu schaffen. Insofern stellen die SGAs einerseits eine mögliche PPP, vor allem aber ein wichtiges Mittel zur Bewusstseinsbildung dar.

Angesprochen werden Organisationen, die das Potenzial haben, mit DFID bei der globalen Armutsbekämpfung zu kooperieren. In 2003 wurden Kooperationen mit der *British Medical Association* (BMA), dem *Chartered Institute of Public Finance and Accountancy* (CIPFA),

⁵¹ Vgl. EU-Kommission, Kom (2002) 347 endgültig. (ebd.: 8)

⁵² Vgl. CSR Campaign (2001).

den *Connections for Development* (CfD), dem *Trade Union Congress* (TUC) und dem *Co-Operative Movement* eingegangen. Auf der Wunschliste von DFID für ein SGA steht auch, eine geeignete Organisation der ethnischen Minderheiten in Großbritannien zu finden.⁵³

4.4 Zusammenfassung der durchgeführten Maßnahmen für die Bewusstseinsbildung zur Unterstützung von CSR

Der Bewusstseinsbildung vor allem von VerbraucherInnen, von Beschäftigten und UnternehmerInnen, aber auch der Gesellschaft insgesamt stellt eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche CSR-Politik dar. Die Aufklärung der VerbraucherInnen über die Bedeutung der Einhaltung von Standards ist wesentlich, um durch bewusstes KäuferInnenverhalten den Markt zu beeinflussen. Zwar richten sich die Fairtrade-Produkte an bereits bewusste KäuferInnen-schichten, doch Fairtrade dürfte auch eine eher indirekte Wirkung als Maßstab für konventionell hergestellte Waren haben. Allerdings ist dieser Effekt kaum messbar. Zusätzlich zu Fairtrade versucht in den Niederlanden die VerbraucherInnenberatung CSR stärker in die Produktionsformation zu integrieren.

Neben den KonsumentInnen sind vor allem Beschäftigte und UnternehmerInnen wichtige Ansprechpartner, um CSR zu praktizieren und die Idee zu verbreiten. Dazu finden u.a. Schulungen statt. Über die unmittelbar in die Wirtschaft eingebundenen Gruppen hinausgehend wendet sich DFID gezielt an Organisationen, die eher indirekt mit Entwicklungsproblemen und CSR zu tun haben. Damit weitet DFID den Kreis der Multiplikatoren aus, um auf die Weise immer breitere Bevölkerungsschichten erreichen zu können.

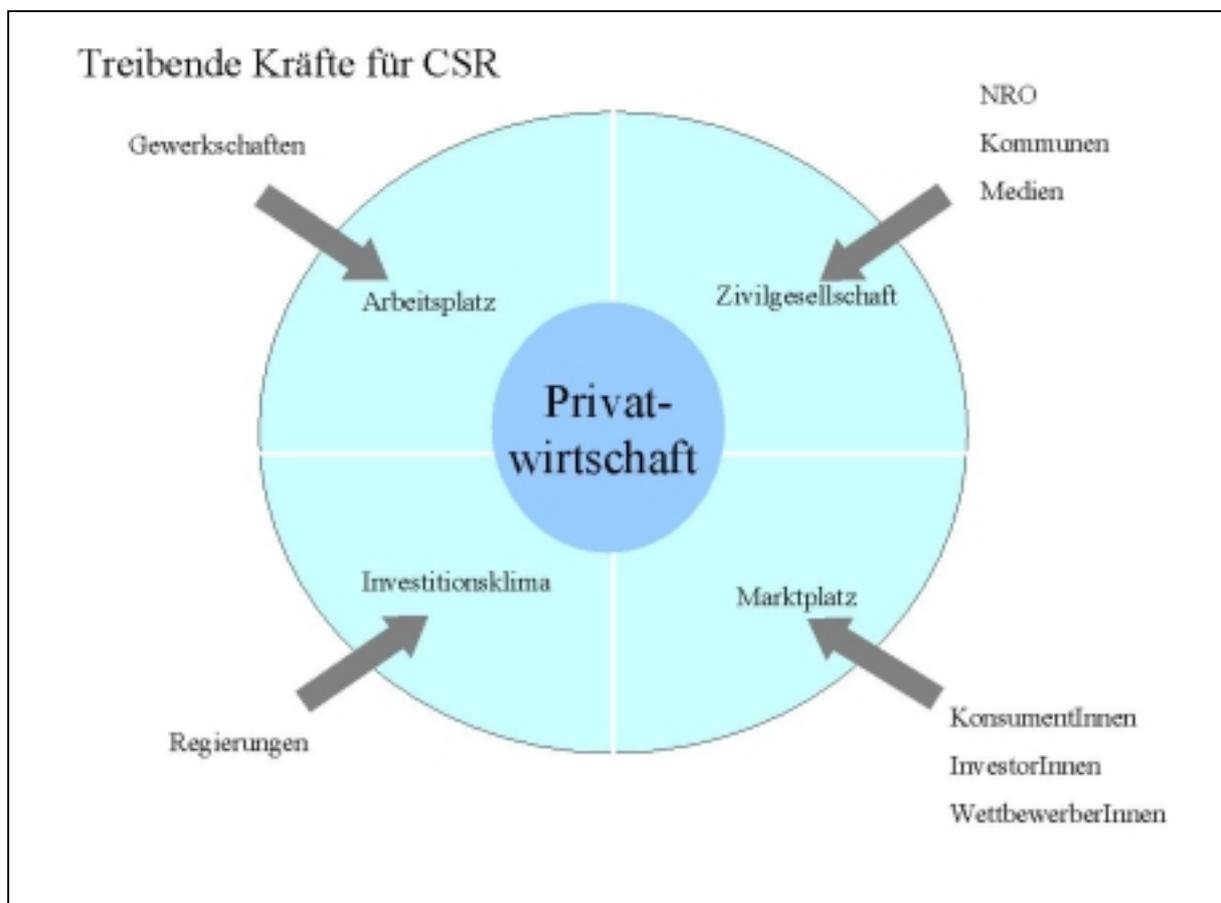
Zugleich kann die Entwicklungszusammenarbeit auch in den Entwicklungsländern ein für CSR positives Umfeld schaffen, d. h. auch hier ist Aufklärung über CSR erforderlich.

53 Vgl. http://www.dfid.gov.uk/AboutDFID/files/civilsociety/sga_points_background_progress.htm.

5 Multistakeholder-Prozesse zur Unterstützung von CSR in Großbritannien, Schweden und den Niederlanden

Multistakeholder-Initiativen sind in allen Industrieländern wichtige Foren, an denen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, Unternehmen und ihre Verbände, Gewerkschaften und NRO, und häufig auch staatliche Stellen beteiligt sind. Solche Zusammenkünfte sind z. T. institutionalisiert oder es handelt sich um adhoc Treffen zur Erörterung spezifischer Probleme.

ABBILDUNG 2: MULTISTAKEHOLDER-DIALOG



Quelle: DFID (2003).

Multistakeholder-Initiativen zur Unterstützung von CSR finden in allen untersuchten Ländern statt. Sie erfüllen wichtige Funktionen, indem sie unterschiedliche Expertisen zusammenführen, weil im Prinzip gegenseitige Lernprozesse und dadurch weniger Konfrontation möglich wird, weil gerade bei freiwilligen Prozessen wie CSR das kritische Potenzial von und die Kontrolle durch Nichtregierungsorganisationen dazu beitragen können, dass freiwillige Vereinbarungen eingehalten werden. Die Einbindung von NRO führt zu einer Ausweitung von

CSR über unmittelbare Interessen und Rechte von ArbeitnehmerInnen hinaus, wie sie vor allem Gewerkschaften einbringen. Zugleich bedeutet die zivilgesellschaftliche Beteiligung auch eine Legitimation solcher Prozesse, die insbesondere für die Privatwirtschaft bedeutsam ist. Multistakeholder-Foren lassen sich als Teil von *Global Governance* begreifen, weil staatliche und nicht-staatliche Akteure gemeinsam über die Lösung globaler Probleme beraten und verhandeln. Dabei geht es meist um Probleme, die sich allein auf nationalstaatlicher Ebene nicht sinnvoll bearbeiten lassen.

Ein Beispiel für eine regionalen Multistakeholder-Initiative ist die NordicPartnership (vgl. Kasten 6).

KASTEN 6: NORDIC PARTNERSHIP

Die Weltkonferenz zur nachhaltigen Entwicklung 2002 in Johannesburg war der Anstoß für die Gründung der Nordic Partnership. Sie wird getragen von der Einsicht, dass Einzelinitiativen zur Erreichung des gesellschaftlichen Ziels der nachhaltige Entwicklung nicht ausreichen.

Die Nordic Partnership ist ein Multistakeholderforum, unter Beteiligung der nordischen Regierungen, des World Wildlife Fund for Nature (WWF), Monday Morning (Medien), Akademikern, Beratungsfirmen, Institutionen des öffentlichen Sektors und bedeutenden nordischen Unternehmen.

Nach Johannesburg wurden 200 Partnerschaftsabkommen zwischen beteiligten Akteuren geschlossen. Beispielsweise entwickelten der WWF und IKEA eine Partnerschaft für eine Waldzertifizierung, um nachhaltige Waldbewirtschaftung im Baltikum und weltweit auf möglichst breiter Ebene durchzusetzen. Das Netzwerk operiert in der skandinavischen Region und global.

Weitere Informationen:

<http://www.nordicpartnership.org>

Multistakeholder-Prozesse dürfen jedoch nicht dazu führen, dass staatliche Stellen auf die erforderliche Führungsrolle verzichten und sich je nach Thema mit einer moderierenden Funktion begnügen. Multistakeholder-Dialoge können deshalb eine Gratwanderung zwischen Konsensfindung und notwendiger politischer Führung darstellen. Das Erfordernis einer realistischen Einschätzung des Potenzials von Multistakeholder-Prozessen wurde auch auf der Konferenz "*Development Cooperation and Corporate Social Responsibility, Exploring the role of development agencies*" 2004 in Schweden kritisch angemahnt.⁵⁴

Unabhängig von möglichen Vorbehalten existieren aber wichtige positive Erfahrungen mit Multistakeholder-Prozessen zur Stärkung von CSR, insbesondere die ETI ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Initiative.

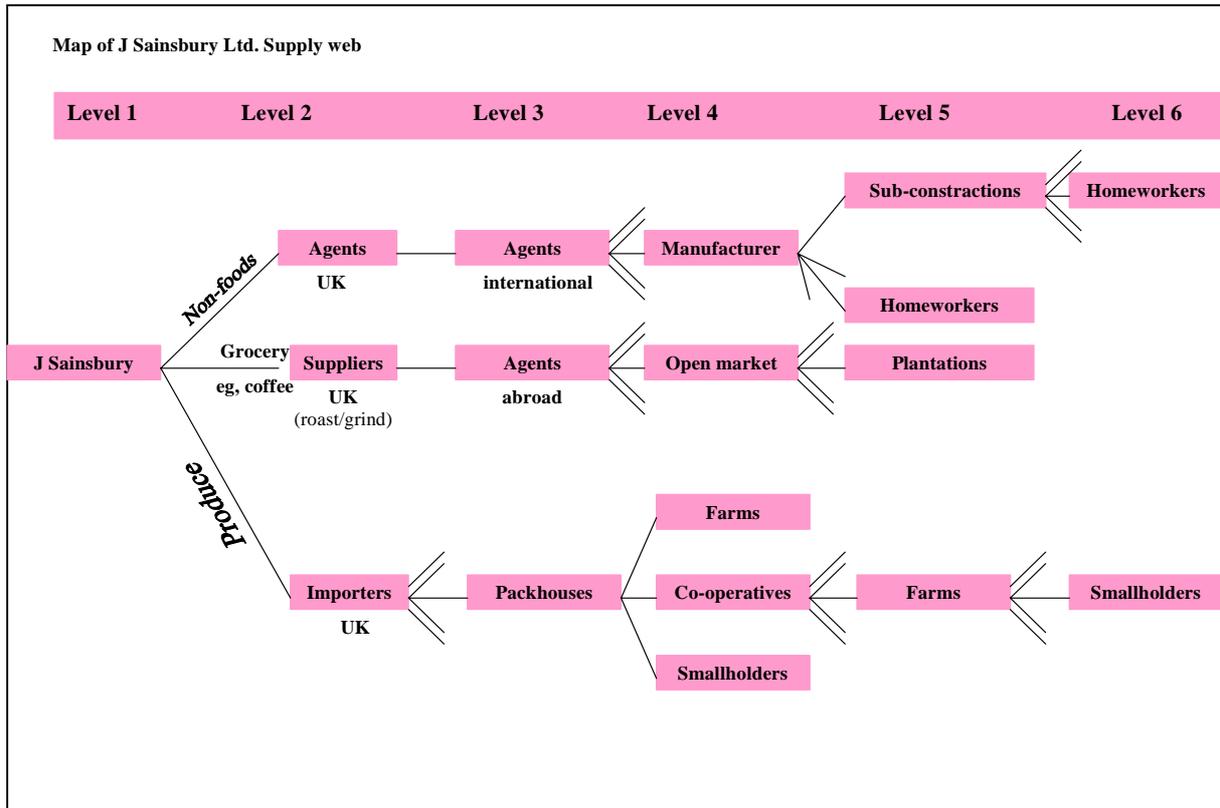
54 Vgl. Hildebrandt (2004), S. 4.

5.1 Die Ethical Trading Initiative

ETI wurde 1998 von Mitgliedern aus der Privatwirtschaft, aus NRO und aus Gewerkschaften gegründet. ETI verfügte in 2003 über ein Finanzvolumen von mehr als 800.000 englischen Pfund, wovon rund 40 % ein Zuschuss von DFID ist. Das Ziel der Initiative ist es, die Arbeitsbedingungen von ArbeiterInnen in Entwicklungsländern zu verbessern, die häufig in kleinen Zulieferbetrieben für den Markt in Großbritannien, insbesondere für Supermarkketten, produzieren. Auch die Arbeits- und Lebensbedingungen von KleinproduzentInnen, die vor allem bei der Nahrungsmittelproduktion am Ende einer Zulieferkette stehen, sollen verbessert werden (vgl. Abbildung 2).

Sektoral liegen die Schwerpunkte der Arbeit von ETI im Textil- und Nahrungsmittelbereich, also in jenen Feldern, in denen die Produktion schwerpunktmäßig in Entwicklungsländern stattfindet, und die typischerweise Niedriglohnbranchen sind. 36 Unternehmen, darunter große Konzerne wie Levi Strauss und wichtige britische Handelshäuser wie Marks & Spencer und Sainsbury Supermarkets sind Mitglied von ETI. In 2002 wurden zwei Organisationen der HeimarbeiterInnen Mitglieder von ETI.

ABBILDUNG 3: ZULIEFERKETTE EINES ETI-MITGLIEDS



Quelle: ETI (2003b).

In ihrer Arbeit geht ETI von der Hauptverantwortung der großen Abnehmer am Ende einer Zulieferkette aus. Die Philosophie der Organisation ist es, dass große Unternehmen mehr zahlen, damit auch kleine Betriebe und Kleinproduzenten sozial verträglich produzieren. ETI unterstellt, dass die Einhaltung von Standards nicht allein oder überwiegend durch Überwachung erfolgreich sein wird, sondern dass sowohl Belohnungen für die Einhaltung, Unterstützung durch Training und technische Beratung erforderlich sind. Im „*Annual Report 2002/2003 Harnessing Difference*“ spricht ETI (2003) zudem von der Notwendigkeit des kulturellen Wandels. Ein wirkliche Verbesserung lässt sich aus der Sicht von ETI nicht überwiegend durch Überwachung, sondern vor allem durch die lokale Ermächtigung erreichen (vgl. Kasten 7).

KASTEN 7: VERPFLICHTUNGEN VON ETI-MITGLIEDERN FÜR DIE UMSETZUNG DES BASE CODES

- Öffentliches Bekenntnis des Managements zum ETI Base Code und Zusicherung, dass entsprechende Ressourcen für die Umsetzung der ETI Prinzipien bereit gestellt werden;
- Monitoring, Verifikation und Berichterstattung;
- Erziehung (*awareness raising*) und Training;
- Korrigierende Maßnahmen, wenn Zulieferer es versäumen, den Code zu befolgen;
- Unterstützende Management Maßnahmen für die Umsetzung des Codes, z. B. Preise und andere Anreize.

Für die Erreichung seiner Ziele hat ETI einen so genannten Base Code entwickelt, der neun Standards beinhaltet, die die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten thematisieren und auf verschiedenen ILO-Konventionen basieren. An ETI teilnehmende Unternehmen müssen betriebsinterne Kodizes an diesen Base Code angleichen. Des Weiteren müssen sie einen jährlichen Bericht einreichen, in dem sie dokumentieren, in welchem Umfang die Zulieferkette erfasst und evaluiert wurde, welche Korrekturen vorgenommen und inwiefern Beschwerdemechanismen eingerichtet wurden. Im Jahr 2003 hat ETI ein so genanntes „*ETI Workbook*“ herausgegeben, das eine Anleitung zur Arbeit mit Zulieferern auf der Basis von ETI Erfahrungen und ETI Pilotprojekten vorstellt.

5.2 Zusammenfassende Bewertung über die Durchführung von Multistakeholder-Initiativen als Bestandteil der CSR-Politik

Multistakeholder-Initiativen sind ein wichtiges Instrument zur Stärkung von CSR, weil AkteurInnen mit unterschiedlichen Expertisen und Vorstellungen zusammengeführt werden. Seitens der Politik existieren vielfältige Möglichkeiten, solche Prozesse, beispielsweise durch die Themenvorgabe, zu steuern. Dialogprozesse können durch die Politik initiiert und moderiert werden. Durch die Bereitstellung von Ressourcen und Finanzausschüssen können Multistakeholder-Initiativen eine eigenständige Dynamik erlangen, die es beteiligten Akteuren ermöglicht - unabhängig von der Politik - gemeinsame Strategien zu entwickeln. Ein Beispiel hierfür ist die ETI in Großbritannien.

Unabhängig von der Bedeutung von Multistakeholder-Dialogen sollten zugleich die bisherigen Resultate kritisch überprüft werden, um solche Prozesse nicht zu überfordern.

6. Empfehlungen für eine stärkere Einbindung von CSR in die deutsche EZ

Die Auswertung der CSR-Politik vor allem dreier europäischer Staaten, nämlich Großbritanniens, der Niederlande und Schwedens, zeigt, dass auf der politischen Ebene vielfältige Maßnahmen und Initiativen CSR fördern können. Neben der allgemeinen CSR-Politik dieser Länder wurden deren Umgang mit internationalen Instrumenten, der Einsatz von Anreizen zur Stärkung von CSR, die Bewusstseinsbildung für die Unterstützung von CSR und schließlich auch die Förderung von Stakeholderprozessen untersucht. Vor diesem Hintergrund lassen sich zum einen allgemeine Empfehlungen und zugleich spezifische Vorschläge für eine deutsche CSR-Politik formulieren.

6.1 Allgemeine Empfehlungen für eine deutsche CSR-Politik: *Mainstreaming* und *Profilbildung*

Die CSR-Politik der drei untersuchten Länder richtet sich sowohl nach innen als auch nach außen, und dort insbesondere auf die Entwicklungsländer. Vor allem in Großbritannien und in den Niederlanden wird CSR weniger als eine Maßnahme der Philanthropie, sondern als Wettbewerbspolitik verstanden, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass die Federführung für CSR in diesen Ländern beim Wirtschaftsministerium liegt. In allen drei Ländern finden ressortübergreifende Absprachen für die Ausgestaltung der CSR-Politik statt. Auch Deutschland sollte sich um eine kohärente Politik bemühen und CSR als Querschnittsaufgabe begreifen, damit CSR ein stärkeres Gewicht erlangt.

Die Erfahrungen der anderen Länder verdeutlichen, dass eine CSR-Politik die Bereitstellung von Finanzmitteln erforderlich macht. So investieren die Niederlande in beträchtlichem Umfang in die Forschung über CSR, deren Ergebnisse vor allem Unternehmen nutzen sollen. Die CSR-Politik in den Niederlanden und in Schweden basiert zudem auf der Evaluation bisheriger Politik⁵⁵ und spezifischer nationaler Bedingungen.⁵⁶

Deutschland sollte ähnlich wie Großbritannien und Niederlande der Aufklärung über CSR ein großes Gewicht beimessen. Dabei ist zu prüfen, ob - vergleichbar mit dem *Knowledge and Information Center* in den Niederlanden - eine zentrale Anlaufstelle für CSR eingerichtet

55 Vgl. SIDA (2004).

56 Vgl. SER (2001).

werden sollte. Dort könnten Informationen über CSR gesammelt, für Interessierte aufbereitet und weitere für CSR relevante Maßnahmen, beispielsweise Pilotprojekte, initiiert werden.

Ein solches Zentrum könnte auch den ‚Motor‘ bilden für die Herausbildung eines spezifischen deutschen CSR-Profiles, wie dies bereits für Schweden und die Niederlande festzustellen ist. Dazu sollte das Projekt der schwedischen Regierung, mit dem sie schwedische Unternehmen für die Übernahme einer gemeinsamen globalen Verantwortung (*Globalt Ansvar*) aufruft, eingehender geprüft werden. Teilnahmebedingung bei *Globalt Ansvar* ist die regelmäßige Berichterstattung der Unternehmen über die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards auf der Grundlage des GC oder der OECD-Leitsätze. In den Niederlanden liegt der Schwerpunkt auf der nachhaltigen Berichterstattung von Unternehmen, die für Transparenz sorgen soll.

Grundsätzlich sollte sich die deutsche Profilbildung in die internationalen Bemühungen um CSR (z. B. Anwendung internationaler Instrumente) einfügen und danach richten, welche Themen als besonders relevant für die Stärkung von CSR erachtet werden. Zugleich sollten auch vorhandene Kompetenzen für eine Profilbildung genutzt werden. Ausgehend von diesen Anforderungen werden hier zwei mögliche profilbildende Schwerpunktthemen vorgeschlagen:

- Die deutsche Profilbildung könnte einen zentralen Schwachpunkt von CSR, nämlich so genannte Lücken in den Zulieferketten, ins Blickfeld nehmen. Auf europäischer Ebene und international könnte das BMZ die verschiedenen Diskussionen über Zulieferketten zusammenführen und Vorschläge auf einer qualitativ höheren Ebene erarbeiten. Zugleich könnten InWent und DED Projekte entwickeln und die Zuliefer-Problematik zu einem Schwerpunktthema vor Ort machen. *Capacity building* und *local empowerment* Maßnahmen könnten die Stellung von ArbeitnehmerInnen, von KleinproduzentInnen und kleinen Unternehmen, die häufig die schwächsten Glieder einer Zulieferkette sind, stärken, und sie dabei unterstützen, internationale Standards zu erfüllen.
- Will man vorhandene Kompetenzen für ein deutsches CSR-Profil nutzen, dann könnten strategische Allianzen weiter ausgebaut werden. Sie sollten an konkrete CSR-Instrumente geknüpft werden, beispielsweise durch die Bindung beteiligter Unternehmen an die OECD-Leitsätze.

6.2 Spezifische Empfehlungen für eine deutsche CSR-Politik

Zusätzlich zur Forderung nach einem *mainstreaming* von CSR durch eine kohärente CSR-Politik und der Empfehlung, ein eigenes CSR-Profil für Deutschland zu entwickeln, geht es um konkrete Maßnahmen zur Stärkung von CSR. Das britische Overseas Development Institute hat in einer Analyse für die Weltbank zur Rolle des öffentlichen Sektors bei der Stärkung von CSR vier Erfolgskriterien herausgearbeitet, nämlich Regeln setzen, Beziehungen aufbauen, Ressourcen mobilisieren und Anerkennung für CSR-Leistungen sichern.⁵⁷ In Orientierung daran lassen sich vier konkrete Bereiche unterscheiden, in denen auch die deutsche CSR-Politik aktiv sein sollte. Diese sind

- die Nutzung internationaler CSR-Instrumente,
- die Mobilisierung für CSR durch Anreize und
- durch Bewusstseinsbildung,
- sowie schließlich die Netzwerkbildung für CSR durch Multistakeholder-Initiativen.

6.2.1 Empfehlungen für die Nutzung internationaler Instrumente

CSR basiert auf dem Grundsatz des freiwilligen Engagements von Unternehmen, und verbindliche Regulierungen werden im Rahmen von CSR abgelehnt. Auch die bisher relevanten internationalen CSR-Instrumente, der GC, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die SRG der GRI basieren auf dem Prinzip der Freiwilligkeit für Unternehmen. Dennoch verfügen die OECD-Leitsätze aufgrund der Zustimmung der OECD-Regierungen und der Existenz nationaler Kontaktstellen, die u. a. Beschwerden entgegennehmen, über ein besonderes Gewicht.

Bisher beteiligt sich nur ein geringer Anteil der rund 64000 TNK am GC und der GRI. Die deutsche Regierung sollte mehr deutsche Unternehmen dazu motivieren, sich stärker in diese internationalen Initiativen einzubringen. So würden einerseits diese Instrumente gestärkt und zugleich könnte auch die eingegangene Verantwortung der Unternehmen eingefordert werden.

Vor allem sollte die deutsche CSR-Politik den OECD-Leitsätzen als dem derzeit wichtigsten Instrument zur Unterstützung von CSR den Vorrang geben. Die Erfahrungen in den Nieder-

landen und in Schweden zeigen, dass der Einsatz der Leitsätze nicht auf die nationalen Kontaktstellen beschränkt bleiben sollte, sondern dass sie in breiterem Maße, nämlich für die Berichterstattung und für eine Konditionalisierung, Eingang in die CSR-Politik finden sollten:

- Die Leitsätze könnten – wie in Schweden – den Rahmen bilden für die Berichterstattung von Unternehmen, die in Ländern des Südens aktiv sind.
- Bei öffentlichen Aufträgen im In- und im Ausland sollten zusätzlich zu nationalen Gesetzen und europäischen Vorschriften auch die Einhaltung der OECD-Leitsätze als Vergabekriterium eingesetzt werden.
- Wie in den Niederlanden sollten Exportkredite und ggf. auch Kreditbürgschaften an ein Bekenntnis zu den OECD-Leitsätzen gebunden werden.
- Die OECD-Leitsätze lassen sich auch für eine gezielte Antikorruptionspolitik einsetzen.

6.2.2 Empfehlungen zur Mobilisierung für CSR durch Anreize

Anreizsysteme können Unternehmen zur Beachtung von und zum Einsatz für Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards motivieren. Dabei sollte man zwischen eher symbolischen, beispielsweise CSR-Preisen, und stärker marktwirtschaftlichen Anreizsystemen unterscheiden. Die deutsche CSR-Politik sollte auf marktwirtschaftliche Anreize ein starkes Gewicht legen, weil sie eine gewisse ‚Härtung‘ in das freiwillige Konzept von CSR bringen und zugleich aufgrund konkreter unternehmerischer Interessen besonders für CSR mobilisieren können. Zu marktwirtschaftlichen Anreizen zählt die Verknüpfung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards mit öffentlichen Aufträgen sowie mit Exportkrediten, Kreditbürgschaften und Investitionsgarantien.

Darüber hinausgehend fordert eine wachsende zivilgesellschaftliche Bewegung, dass Investitionen zusätzlich zu ökonomischen ebenfalls auf sozialen und ökologischen Grundlagen erfolgen. Auch die Privatwirtschaft unterstützt zunehmend diese Forderung. Ein solches *Socially Responsible Investment* (SRI) lässt sich als ein wichtiger Teilbereich von CSR verstehen. SRI ist in vielen Staaten bisher eine eher privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Initiative und sollte durch konkrete politische Rahmenbedingungen gefördert werden.

Folgende Maßnahmen, die eine Absprache unterschiedlicher Ressorts erforderlich machen, sollten erwogen werden:

- Die EU-Kommission hat Kriterien erarbeitet, wodurch das öffentliche Auftragswesen an die Einhaltung u. a. von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards geknüpft werden soll. In den Niederlanden ist für den Sommer 2004 eine Gesetzesvorlage für eine ethische Bindung öffentlicher Aufträge geplant. Deutschland sollte die EU-Richtlinien rasch in nationales Recht umsetzen.
- Ähnlich wie in den Niederlanden, wo Exportkredite und Investitionsgarantien mit einem Bekenntnis zu den OECD-Leitsätzen verknüpft werden, sollte in Deutschland die Vergaben von Kreditbürgschaften an die OECD-Leitsätze gebunden werden. Langfristig sollte eine solche Bindung mit einer Überwachung der Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards verknüpft werden.
- Auch der Bereich des ethischen Investierens sollte politisch gefördert und durch gesetzliche Rahmenbedingungen ergänzt werden. Insbesondere auf Transparenz durch eine verbindliche und umfassende Berichterstattung sollte großes Gewicht gelegt werden.
- Als Anreizsysteme sollten die Unterstützung von *Labels* und Siegeln durch das BMZ und anderer EZ-Akteure beibehalten werden. Solche Zertifikate sollten noch gezielter für die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung eingesetzt werden, um das Kaufverhalten im Sinne von CSR zu beeinflussen.
- Zugleich sollten solche Zertifizierungen in Entwicklungsländern betroffene ProduzentInnen und ArbeitnehmerInnen stärken. Dort sollten mögliche Multiplikatoreffekte gezielt ausgebaut werden und zugleich beachtet werden, dass die Zertifizierung nicht zum Marktausschluss unorganisierter Kleinproduzenten führt.
- Schließlich sollen CSR-Preise auch in Deutschland stärker kultiviert werden. Hier bleibt jedoch offen, ob sie durch den Staat finanziert werden, oder ob es hier eher symbolisch um die Bereitstellung eines entsprechenden feierlichen Rahmens wie in Großbritannien gehen soll.

6.2.3 Empfehlungen zur Stärkung von CSR durch Bewusstseinsbildung

Der Bewusstseinsbildung für CSR wird durch das BMZ bereits ein großes Gewicht beigemessen, beispielsweise durch die Kampagne „*Fair feels good*“. Als besondere Maßnahmen sollten erwogen werden:

- Öffentliche Einrichtungen können, beispielsweise durch die Übernahme spezieller und zeitlich befristeter Kampagnen wie die „*Responsible Shopping Week*“ der EU-Kommission, zu Trägern von CSR werden.
- In den Niederlanden wurde ein *Knowledge und Information Center* eingerichtet. In Großbritannien arbeitet eine eigene Arbeitsgruppe im DIFD für ein gemeinsames Bewusstsein über Probleme der Globalisierung und dabei auch über CSR. Auch in Deutschland sollte eine zentrale 'Anlaufstelle' für CSR geprüft werden, die sich u.a. der Aufklärung widmen sollte.
- Das BMZ könnte ähnlich wie DFID die Bewusstseinsbildung wichtiger und zugleich breiter Bevölkerungsgruppen über CSR ins Auge fassen und dazu gemeinsame Projekte entwickeln und entsprechendes Material bereitstellen. Die verschiedenen Bildungseinrichtungen und damit insbesondere Jugendliche sollten die Notwendigkeit von CSR kennenlernen.
- Die für das Jahr 2005 geplanten *CSR Business Olympics* bieten die Möglichkeit innerhalb der Privatwirtschaft stärker über die Bedeutung von Standards aufzuklären; zugleich lässt sich das Ereignis nutzen, um für CSR in der Bevölkerung zu werben. Dieser Rahmen könnte auch dazu dienen, mehr deutsche Unternehmen zu motivieren und anzuhalten, sich stärker an internationalen Initiativen wie dem GC oder der GRI zu beteiligen.
- CSR sollte aber nicht nur auf Veränderungen in den Industrieländer abzielen, sondern auch die **Entwicklungsländer** im Auge haben. So sollte die Bedeutung von CSR u.a. durch die Verbreitung wichtiger internationaler Instrumente, insbesondere der OECD-Leitsätze, vermittelt werden.

6.2.4 Empfehlungen zur Stärkung von CSR durch Multistakeholder-Prozesse

Die Multistakeholder-Einbindung erfüllt für eine erfolgreiche CSR-Politik wichtige Funktionen, weil sie unterschiedliche Expertisen zusammenführt, weil im Prinzip gegenseitige Lernprozesse und dadurch weniger Konfrontation möglich sind, weil gerade bei freiwilligen Prozessen wie CSR das kritische Potenzial von und die Kontrolle durch NRO dazu beitragen können, dass freiwillige Vereinbarungen eingehalten werden. Zugleich bedeutet die zivilgesellschaftliche Beteiligung auch eine Legitimation solcher Prozesse, die insbesondere für die Privatwirtschaft bedeutsam ist. In Deutschland liegen vielfältige Erfahrungen mit Multistakeholder-Initiativen zu CSR vor. Dazu zählt neben dem *Runden Tisch Verhaltenskodizes* beim BMZ eine ähnliche Einrichtung im AA und auch die Arbeitsgruppe bei der NCP beim BMWA ist hier zu nennen. Die Existenz dieser unterschiedlichen Foren und ihre nicht aufeinander abgestimmte Arbeit lässt sich als Ausdruck für die fehlende Kohärenz deutscher CSR-Politik verstehen. Damit zukünftig Multistakeholder-Initiativen zielgerichtet und effizient arbeiten, sollte eine stärkere Abstimmung der verschiedenen Initiativen stattfinden. Zusätzliche Erfahrungen anderer Länder können herangezogen werden, um Multistakeholder-Prozesse effizienter zu gestalten:

- Erfahrungen aus den Niederlande zeigen, dass Multistakeholder-Treffen thematisch fokussiert sind und ein klares Ziel vor Augen haben.
- Die Erfahrungen der von DFID teilfinanzierten ETI sollte systematisch für die Nutzung für bereits laufende Maßnahmen wie mit der AVE und für die Ausweitung solcher Vorhaben in andere Produktionsbereiche. ETI sollte auch als Multistakeholder-Prozess ausgewertet werden.

6.3 Priorisierung

CSR ist ein auf Freiwilligkeit basierendes Vorhaben, das vor allem von der Privatwirtschaft getragen und als Alternative zu verbindlichen Regulierungen verstanden wird. Zugleich hat CSR den Anspruch über reine Philanthropie hinauszugehen und umfassender die wirtschaftliche Globalisierung nach international anerkannten Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards mitzugestalten. Die Politik kann durch vielfältige Maßnahmen auf die Beachtung dieser Standards Einfluss nehmen. Als besonders wichtig für Deutschland wurde betont, dass eine kohärente CSR-Politik erforderlich ist, die CSR auch als Wettbewerbspolitik versteht. Dazu sind regelmäßige Ressortabsprachen und das *mainstreaming* erforderlich. Wichtig er-

scheint auch, dass CSR mit Anreizen verknüpft wird, die CSR als Wettbewerbsvorteil für engagierte Unternehmen ausweisen.

Das BMZ sollte ein spezifisches CSR-Profil ins Auge fassen, um systematisch die Privatwirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit einzubinden. Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche CSR-Politik des BMZ ist eine systematische Bestandsaufnahme, was in Bezug auf CSR bereits geleistet wurde. Dazu kann es sinnvoll sein, die Fragen, die sich SIDA für die Evaluation der eigenen CSR-Politik gestellt hat aufzugreifen:

- Wie fließen CSR-Standards in Projekte ein? Werden in bilateralen Vereinbarungen Standards eingefordert? Finden Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards Eingang in den Dialog mit den Partnerregierungen?
- Findet *capacity building* für verantwortliche Unternehmen statt?
- Tragen die Geberorganisationen zum Dialog zwischen unterschiedlichen Interessengruppen bei ?
- Werden Partnerschaften zwischen Unternehmen und der Zivilgesellschaft unterstützt, um die unterschiedlichen Fähigkeiten zu nutzen?⁵⁸

58 Vgl. Moberg (2004).

Literaturliste

Allgemein

Bartolomeo, M./ A. Wilhelm (2003): Trends bei nachhaltigen Geldanlagen in Europa. Standards als Marktöffner, in: *Sustainable Investment - Report Europa 2003*, http://www.scoris.de/news_publicationen.htm, gelesen am 07.04.2004.

Bergius, S. (2003): Der Lohn der guten Taten. Nachhaltige Investments, in: *Handelsblatt* vom Dienstag 05. November 2003 <http://www.handelsblatt.com/pshb/fn/rehbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200011,200729,686428/SH/0/depot/0/>, gelesen am 02.04.2004.

Business Leaders Initiative on Human Rights (BLIHR) (2003): *Business Leaders Initiative on Human Rights. Report 1: Building Understanding*, London and Amsterdam.

Canadian Business for Social Responsibility (2001): *Government and Corporate Social Responsibility. An Overview of Selected Canadian, European and International Practices*, Vancouver.

Christian Aid (o. J.): Behind the mask: the real face of corporate social responsibility, o. O. <http://www.christian-aid.org.uk/news/media/pressrel/040121p.htm>, gelesen am 06.04.2004.

Der Runde Tisch Verhaltenskodizes: *Pilotmaßnahmen*. http://www.coc-runder-tisch.de/suchen/frame_suchen.htm, gelesen am 30.04.2004.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) (2004): *Normen der Vereinten Nationen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte*. Blaue Reihe Nr. 88, Berlin.

Dreowski, F. u. a. (o. J.): *Soziale Verantwortung von Unternehmen bewerten. Ausgewählte Informationsquellen zu Richtlinien, Standards, Bewertungsinstrumenten, Berichterstattung und Ethischem Investment*, <http://www.upj-online.de/upj/pdf/Soziale%20Verantwortung%20bewerten.pdf>, gelesen am 10.03.2004.

Eca Watch: *Kritikpunkte an der österreichischen Exportförderung und der OeKB*. <http://www.eca-watch.at/problem/kritikpunkte.html>, gelesen am 13.04.2004.

Ethibel (2003): *The Ethibel Label, European Quality Label for Sustainable Investing*. Brüssel.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign): *Corporate Social Responsibility. Publications*, <http://www.csrcampaign.org/publications/default.aspx>, gelesen am 14.04.2004.

Feldt, H. (2004): Offenlegung der Zahlungsströme – die Publish what you pay – Kampagne. In: Brühl, T. / H.

Feldt, B. Hamm u.a. (Hrsg.): *Unternehmen in der Weltpolitik*, (im Erscheinen).

Fox, T./ H. Ward/ B. Howard (2002): *Public Sector Roles in Strengthening Corporate Social Responsibility: A Baseline Study*, Produced by CRED for the World Bank, London.

FTSE The Independent Global Index Company: *About FTSE Group*. http://www.ftse.com/about_ftse/About_FTSE.jsp, gelesen am 23.03.2004.

Global Ethical Standard (GES): *Global Ethical Standard. The basis for socially responsible investments*, http://www.ges-invest.com/services_en/ges.asp?Menu=Tjanster&SubMenu=GES, gelesen am 07.04.2004.

Global Reporting Initiative (GRI): *Organisations Using the GRI Guidelines*. http://www.globalreporting.org/guidelines/reporters_all.asp, gelesen am 11.04.2003.

Habisch, A. (2003): *Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland*, Berlin, Heidelberg.

Hamm, B. (Hrsg.) (2002): Public-Private Partnership und der Global Compact der Vereinten Nationen, *INEF Report*, Heft 62/2002, Duisburg.

Hamm, B. (2003): *Menschenrechte. Ein Grundlagenbuch*, Opladen.

Hildebrandt, P.-M.: Veranstaltungsbericht von "Development Cooperation and Corporate Social Responsibility, Exploring the role of development agencies", Stockholm, 22/23.03.2004, email vom 06.04.2004.

Hofer, R./ C. Schmölz (2002): Umwelt- und soziale Belange bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, in: *Ecolex, Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht*, Heft 2, http://www2.bgnnet.at/pdf/pub_200319%20RHO%20CSC%20Umweltbelange%20Ecolex%202002-64.pdf, gelesen am 14.04.2004.

Neumann-Silkow, F. (2003): *The Use of Environmental and Social Criteria in Export Credit Agencies' Practices. A Study of Export Credit Agencies' Environmental Guidelines with Reference to the World Commission on Dams*, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und Entwicklung (GTZ) GmbH und Ecologic – das Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik, Eschborn.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2002): *Focus on Responsible Supply Chain Management. Annual Report 2002*, <http://www.jussemp.org/Resources/Corporate%20Activity/Resources/2002%20guide2002011e.pdf>, Paris Cedex.

OECD-CIME-DAFFE/IME/NCP (2003): Annual Meeting for the OECD-Guidelines, draft report - Overview and Summary of Information contained in NCP-Reports, Paris.

Seitz, B. (2002): *Corporate Citizenship. Rechte und Pflichten der Unternehmung im Zeitalter der Globalität*, Wiesbaden.

Transparency International (2002): *The Integrity Pact – The Concept, the Model and the Present Applications: A Status Report*. http://www.transparency.org/building_coalitions/integrity_pact/i_pact.pdf, gelesen am 10.04.2004.

Transparency International: *Integrity Pact and Public Contracting*. http://www.transparency.org/integrity_pact/preventing/integ_pacts.html, gelesen am 10.04.2004.

Transparency International (06.05.2003): *Integrity Pact and Public Contracting Programme*. http://www.transparency.org/integrity_pact/dnld/ip_brochure3.pdf, gelesen am 10.04.2004.

Worldbank: *About Corporate Social Responsibility and Sustainable Competitiveness*. <http://www.worldbank.org/wbi/corpgov/csr/about.html>, gelesen am 12.04.2004.

Großbritannien

Business in the Community (BITC) (2003): *2002. Corporate Responsibility Index Executive Summary, The first authoritative, voluntary benchmark of responsible business practice*, http://www.bitc.org.uk/docs/CR_Index_Execsummary.pdf, gelesen am 23.03.2004.

Business in the Community (BITC) (2004): *Corporate Responsibility Index 2003. Companies that Count, Measuring, Managing and Reporting Responsible Business Practice*, http://www2.bitc.org.uk/docs/2nd_Corporate_Responsibility_Index_Executive_Summary.pdfgelesen am 19.04.2004.

Business in the Community (BITC): *All Parliamentary Group on CSR - Annual Dinner 2003. 26.06.03*, http://www.bitc.org.uk/news/news_directory/appg_dinner.html, gelesen am 08.03.2004.

Business in the Community (BITC): *Awards for Excellence 2004*. <http://www.bitc.org.uk/awards/entering/categories/index.html>, gelesen am 08.03.2004.

Business in the Community (BITC): *BBC World Service Trust - International Impact. Awards for Excellence 2003 - International Award*, http://www.bitc.org.uk/resources/case_studies/bbc_330.html, gelesen am 23.03.2004.

Business in the Community (BITC): *Citigroup - International Impact. Awards for Excellence 2003 - International Award*, http://www.bitc.org.uk/resources/case_studies/citigroup_729.html, gelesen am 23.03.2004.

Business in the Community (BITC): *Sunday Times editor calls for companies to sign-up to Index*. 25.09.03, http://www.bitc.org.uk/news/news_directory/crindex3.html, gelesen am 08.03.2004.

Business in the Community (BITC): *Who we are*. http://www.bitc.org.uk/about_bitc/index.html, gelesen am 23.03.2004.

Business in the Community (BITC): *Why an Index of Corporate Responsibility?* http://www.bitc.org.uk/programmes/key_initiatives/corporate_responsibility_index/faqs.html, gelesen am 08.04.2004.

Business in the Community (BITC): *reports and accounts 30 june 2003*. <http://www.bitc.org.uk/docs/report2003.pdf>, gelesen am 10.03.2004.

Department for International Development (DFID) (2000): *Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor. White Paper on International Development*, London.

Department for International Development (DFID) (2001): *The Global Dimension. How business and trade unions can work with DFID*, A report commissioned by the Development Awareness Working Group, London.

Department for International Development (DFID) (2003): *Departmental Report 2003*. London.

Department for International Development (DFID) (2003): *DFID and corporate social responsibility*. http://www.dfid.gov.uk/Pubs/files/dfid_csr.pdf, gelesen am 08.03.2004.

Department for International Development (DFID) (o. J.): *Public Private Partnerships*. http://www.keysheets.org/red_23_public_private_partnersh.html, gelesen am 16.04.2004.

Department for International Development (DFID) (o. J.): *Building awareness and understanding of development in the UK*. <http://www.dfid.gov.uk/DFIDInUK/main.htm>, gelesen am 09.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Building Support for Development Strategy Paper. Raising public awareness and understanding of international development issues*, <http://62.189.42.51/DFIDstage/DFIDInUK/building.htm>, gelesen am 30.04.2004.

Department for International Development (DFID) (2003): *DFID and the UK Government*. <http://www.dfid.gov.uk/AboutDFID/files/DFIDandUKGov.htm>, gelesen am 16.04.2004.

Department for International Development (DFID): *DFID/CIDA Round Table on Corporate Social Responsibility*. http://www.dfid.gov.uk/News/News/files/csr_event.htm, gelesen am 12.01.2004.

Department for International Development (DFID): *EITI Newsletter. March 2004*, http://www.dfid.gov.uk/News/News/files/eiti_newsletter_march04.pdf, gelesen am 10.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Funding programmes for organisations*. http://www.dfid.gov.uk/funding/files/organisational_programmes.html, gelesen am 05.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Key Points, Background and Progress To Date on DFID's Strategic Grant Agreements (SGAs)*. http://www.dfid.gov.uk/AboutDFID/files/civilsociety/sga_points_background_progress.htm, gelesen am 23.03.2004.

Department for International Development (DFID): *Private Sector Policy Department*. http://www.dfid.gov.uk/AboutDFID/files/pspd/pspd_main.html, gelesen am 09.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Simplified Organisation Chart*. <http://www.dfid.gov.uk/AboutDFID/files/WebOrg1.pdf>, gelesen am 15.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Strategic Grant Agreement between DFID and UK Local Government Alliance for International Development (administered by the Local Government International Bureau)*. http://www.dfid.gov.uk/Pubs/files/sga_uklga.pdf, gelesen am 05.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Strategic Grant Agreement between DFID and CIPFA*. http://www.dfid.gov.uk/Pubs/files/sga_cipfa.pdf, gelesen am 05.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Strategic Grant Agreement between DFID and TUC*. http://www.dfid.gov.uk/Pubs/files/sga_tuc.pdf, gelesen am 05.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Strategic Grant Agreement between DFID and BMA*. http://www.dfid.gov.uk/Pubs/files/sga_bma.pdf, gelesen am 05.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Strategic Grant Agreement between DFID and Groundwork UK*. http://www.dfid.gov.uk/Pubs/files/sga_gndwo.pdf, gelesen am 05.04.2004.

Department for International Development (DFID): *Summit on Corporate Social Citizenship on International Corporate Social Responsibility*. <http://www.dfid.gov.uk/news/speeches/files/sp2nov00.html>, gelesen am 12.01.2004.

Department for Trade and Industry (DTI): *Corporate Social Responsibility - A Draft International Strategic Framework*. http://www.dti.gov.uk/sustainability/weee/corp_soc_resp.pdf, gelesen am 08.04.2004.

Department for Trade and Industry (DTI): *Organisation for Economic Co-operation and Development. Guidelines for Multinational Enterprises, UK National Contact Point Information Booklet*. <http://www.dti.gov.uk/ewt/booklet.pdf>, gelesen am 31.03.2004.

Department of Trade and Industry (DTI) (2001): *Business and Society. Developing corporate social responsibility in the UK*, London.

Emerging Africa Infrastructure Fund: *Fund Management*. http://www.emergingafricafund.com/fund_man.htm, gelesen am 16.04.2004.

Emerging Africa Infrastructure Fund: *Stakeholders*. <http://www.emergingafricafund.com/stake.htm>, gelesen am 16.04.2004.

Enterprise Development Department, Department for International Development (DFID) (2000): *DFID Enterprise Development Strategy. Mission: To promote enterprise as a means to eliminate poverty*, London.

Ethical Trading Initiative (ETI): *About the Ethical Trading Initiative*. <http://www.eti.org.uk/Z/abeteti/index.shtml>, gelesen am 23.03.2004.

Ethical Trading Initiative (ETI) (2003a): *Annual Report 2002/2003. Harnessing Difference*. London. <http://www.ethicaltrade.org/Z/lib/annrep/2003/en/eti-annrep02-03.pdf>, gelesen am 31.03.2004.

Ethical Trading Initiative (ETI) (2003b): *ETI Workbook. Step-by-step to ethical trade*, London.

Ethical Trading Initiative (ETI): *Our Members*. <http://www.ethicaltrade.org/Z/abteti/who/memb/index.shtml>, gelesen am 02.04.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign): *UK. 10-11 July 2002 "A better way of doing business" Business in the Community*, London, http://www.csrcampaign.org/publications/Großbritannien_page197.aspx, gelesen am 05.01.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign): *UK. A question of business fundamentals, Socially responsible investment goes mainstream in the United Kingdom almost*, http://www.csrcampaign.org/publications/Großbritannien_page375.aspx, gelesen am 05.01.2004.

European Union (EU) (2001): *UK Government Response to European Commission Green Paper on Corporate Social Responsibility*. http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-dial/csr/pdf2/013-GOVNAT_United-Kingdom_UK_011221_en.pdf, gelesen am 01.03.2004

Fairtrade Foundation (01.03.2004): *Press release. 10 years of Fairtrade: Sales reach £ 100 M per year*, <http://www.fairtrade.org.uk/pr010304.htm>, gelezen am 16.04.2004.

International Institute for Environment and Development: *Development Agency Round Table on Corporate Social Responsibility*. http://www.iied.org/docs/cred/roundtable_summ.pdf, gelezen am 31.03.2004.

Overseas Development Institute (2003): *Public Sector Roles in Strengthening Corporate Social Responsibility (CSR): A Diagnostic Framework and Options Appraisal Tool*, Version 1.3, User Guide, London.

Sturm, Roland (1999): Staatsordnung und politisches System. In: Kastendiek, Hand u. a. (Hrsg.) (1999): *Großbritannien. Geschichte - Politik - Wirtschaft - Gesellschaft*, Campus Verlag Frankfurt, S. 208-209.

The House of Commons (2003): *Corporate Responsibility Bill*. <http://www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/cm200203/cmbills/129/03129.1-6.html>, gelezen am 03.03.2004.

Niederlande

De Nederlandse regering: *Visie van de Nederlandse regering op het Groenboek van de Europese Commissie inzake de bevordering van een Europese kader voor de sociale verantwoordelijkheid van bedrijven*. http://www.europa.eu.int/comm/employment_social-dial/csr/pdf2/013-GOVNAT_Netherlands_Niederlande_020205_nl.pdf, gelezen am 06.04.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign): *12 december 2002. Europese Business Marathon Maatschappelijk Verantwoord Ondernemen*. http://www.csrcampaign.org/uploadstore/cms/docs/Netherlands_leaflet.pdf, gelezen am 05.01.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign): *Social reporting comes of age. The Netherlands works to relieve the reporting frustrations of business*. http://www.csrcampaign.org/uploadstore/cms/docs/Netherlands_leaflet.pdf, gelezen am 05.01.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign): *The Netherlands*. http://www.csrcampaign.org/conferences/TheNetherlands_page201.asp, gelezen am 05.01.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign): *Corporate Social Responsibility. The Netherlands*, http://www.csrcampaign.org/publications/TheNetherlands_page363.aspx, gelezen am 05.01.2004.

European Union (EU): *The Netherlands. Government policy on Corporate Social Responsibility in the Netherlands*, http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-dial/csr/country/netherlands1.htm, gelezen am 07.01.2004.

Indian Committee of the Netherlands: *This is a Joint statement by the NCP, Adidas and the ICN*. <http://www.indianet.nl/ncpjoint.html>, gelezen am 23.03.2004.

Luijk, R / M. Kniese (15.11.2002): *Onderzoek naar MVO bij de Consumentenbond*. Email von Oldenziel, J. vom 03.05.2004.

Ministerie van Buitenlandse Zaken: *Public Private Partnerships. Private sector companies are invited to submit ideas for public private partnerships contributing to poverty reduction and sustainable development in developing countries*, http://www.minbuza.nl/default.asp?CMS_TCP=tcpPrintMinBuza2&CMS_ITEM=0081A4BC6D474BED9AEF043F75319125X1X52700X65&CMS_PBG=E4DE092F743049D3AC982C34593C8CCBX1X29949X69, gelezen am 12.01.2004.

Oldenziel, J. (2004): *Knowledge and Information Centre on CSR*. Email vom 03.04.2004.

Sociaal Economische Raad (SER) (2001): *Corporate Social Responsibility. A Dutch approach*, Assen.

Wiertsema, W. (2003): *overheidssteun voor buitenlandse handel en investeringen: Goed voor het bedrijfsleven, ook goed voor ontwikkelingslanden?*,

World Bank: *Activities in the Netherlands*. <http://wbln0018.worldbank.org/eu/vp/web.nsf/Pages/Netherlands-Activities>, gelesen am 12.01.2004.

Schweden

De Geer, H. / D. Stridsman, (o. J.): *In search of ecological excellence – Skanska's environmental management at the Kukule Ganga Hydropower Project*. http://www.utrikes.regeringen.se/ga/pdf/Skanska_de_Geer.pdf, gelesen am 12.03.2004.

Eigen, P. (2003): *Das Netz der Korruption - Wie eine weltweite Bewegung gegen Bestechung kämpft*. Frankfurt am Main.

European Union (EU): *Promoting CSR- Sweden*. http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-dial/csr/country/sweden1.htm, gelesen am 10.04.2004.

Global Reporting Initiative (GRI) (2003): *Consultation Draft. Synergies between the OECD Guidelines for Multinational Enterprises (MNEs) and the GRI 2002 Sustainability Reporting Guidelines - A User's Guide to Help Organisations Measure and Communicate Their Use of the OECD MNE Guidelines*. <http://www.utrikes.regeringen.se/ga/pdf/OECDSynergiesConsultation2.pdf>, gelesen am 12.03.2004.

Globalt Ansvar (2002): *Summary of views submitted to the Swedish Partnership for Global Responsibility – in connection with consultations. Green Paper – Promoting a European framework for corporate social responsibility*. <http://www.utrikes.regeringen.se/inenglish/policy/ga/viewpoints.htm>, gelesen am 12.03.2004.

Minister for Foreign Affairs, Minister for Trade, Minister for International Development Cooperation, Asylum Policy and Migration (2002): *Open letter to Swedish companies*. http://www.utrikes.regeringen.se/inenglish/policy/ga/pdf/ga_letter.pdf, gelesen am 12.03.2004.

Moberg, J. (2004): *How Sida promotes responsible business practices*. http://www.sida.se/content/1/c6/02/51/27/SIDA3673en_How%20Sida%20promotes.pdf, gelesen am: 25.03.2004.

Nordic Partnership (2002): *No Writing on the Wall*. http://www.nordicpartnership.org/db/files/nowriting_screen.pdf, gelesen am 10.04.2004.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2003): *Statement from the Swedish National Contact Point for OECD Guidelines for multinational enterprises with reference to specific instances received concerning Atlas Copco and Sandvik*. <http://www.oecd.org/dataoecd/16/34/15595948.pdf>, gelesen am 20.3.2004.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2003): *OECD Guidelines for Multinational Enterprises: 2003 Annual Meeting of the National Contact Points - Report by the Chair, Meeting held on 23-24 June 2003*, <http://www.oecd.org/dataoecd/3/47/15941397.pdf>, gelesen am 20.03.2004.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2002): *OECD Guidelines for Multinational Enterprises: 2002 Annual Meeting of the National Contact Points - Report by the Chair, Meeting held on 18 June 2002*, <http://www.oecd.org/dataoecd/24/4/1956371.pdf>, gelesen am 20.03.2004.

Sahlin, M., Minister of Industry, Employment and Communications Sweden (2001): *Green Paper - Promoting a European Framework for Corporate Social Responsibility*. http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-dial/csr/pdf2/013-GOVNAT_Sweden_Sweden_020117_en.pdf, gelesen am 12.03.2004.

Ward, H. (2003): *Legal Issues in Corporate Citizenship. Prepared for the Swedish Partnership for Global Responsibility*, http://www.utrikes.regeringen.se/ga/pdf/Legal_issues_in_Corporate_Citizenship.pdf, gelesen am 12.03.2004.

Wilhelm A. (2002): *Glückliche Schweden*. in: *Sustainable Investment - Länder Report Schweden 2002*, http://www.scoris.de/news_publicationen.htm, gelesen am 07.04.2004.

Europa

Coalition on Green and Social Procurement (Hrsg.) (2003): *“Is European Democracy a farce? Council opposes qualified majority position of Parliament. On social and green procurement and equality”*, Press Release, <http://www.eeb.org/publication/pr-is-European-Democracy-a-farce-15-09-03.pdf>, gelesen am 02.04.2004.

Commission Press Room (2002): *Soziale Verantwortung der Unternehmen: eine neue Strategie der Kommission zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung*, IP/02/985, Belgien.

Commission Press Room (2002): *Soziale Verantwortung der Unternehmen: Kommission richtet europäisches Stakeholder-Forum ein*, IP/02/1487, Belgien.

Commission Press Room (2004): *Wie sieht die Zukunft der Bildungs- und Bürgerschaftspolitik aus? Die Kommission verabschiedet den Entwurf für die Programmgeneration nach 2006*, IP/04/315, Belgien.

EU Multi Stakeholder Forum on CSR: *EU Multi Stakeholder Forum on CSR*. http://forum.europa.eu.int/irc/empl/csr_eu_multi_stakeholder_forum/info/data/en/csr%20ems%20forum.htm, gelesen am 03.04.2004.

Europäische Kommission Beschäftigung und Soziales (Hrsg.) (2002): *Unternehmen stellen sich ihrer sozialen Verantwortung - in Europa und weltweit*. Nummer 3, Brüssel.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign) (2000): *It simply works better 2002-2003*. http://www.copenhagencentre.org/graphics/CopenhagenCentre/Publications/It_Simply_Works_Better_II.pdf, gelesen am 02.04.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign) (2001): *Action Plan for the European Business Campaign 2005 on CSR*. http://www.copenhagencentre.org/graphics/CopenhagenCentre/Publications/Action_Plan_for_the_European_Business_Campaign_2005_on_CSR.pdf, gelesen am 03.04.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign) (2003a): *It simply works better 2003-2004*. http://www.copenhagencentre.org/graphics/CopenhagenCentre/Publications/It_Simply_Works_Better_II.pdf, gelesen am 02.04.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign) (2003b): *Corporate social responsibility initiatives are booming throughout Europe - Annual report gives overview of CSR efforts throughout Europe*. http://www.csreurope.org/pressroom/Corporatesocial_page5013.aspx, gelesen am 02.04.2004.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (1996): *Grünbuch. Das öffentliche Auftragswesen in der Europäischen Union: Überlegungen für die Zukunft*, nicht überarbeitete Fassung, Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (Hrsg.) (1997): *Der Binnenmarktanzeiger*. Ausgabe Nr. 1. Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (2001a): *Förderung der grundlegenden Arbeitsnormen und sozialere Ausrichtung der Politik im Kontext der Globalisierung*. KOM(2001) 416 endgültig, Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (2001b): *Grünbuch. Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen*, Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (2001c): *Weissbuch. Europäisches Regieren*, KOM(2001) 428 endgültig, Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (2003a): *Mapping Instruments for Corporate Social Responsibility*. Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (2003b): *Mitteilung der Kommission. Binnenmarktstrategie, Vorrangige Aufgaben 2003-2006*, KOM(2003) 238 endgültig, Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (2003c): *Vorschlag für eine Richtlinie des europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG*. KOM(2003) 138 endgültig, Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (2004a): *Mitteilung der Kommission. Unsere gemeinsame Zukunft aufbauen, Politische Herausforderung und Haushaltsmittel der erweiterten Union - 2007-2013*, KOM(2004) 101 endgültig, Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (2004b): *Aktionsplan: Europäische Agenda für unternehmerische Initiative*, KOM(2004) 70 endgültig/2, Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EU Kommission) (2004c): *Aktive Bürgerschaft konkret verwirklichen: Förderung der europäischen Kultur und Vielfalt durch Programme im Bereich Jugend, Bürgerbeteiligung, Kultur und audiovisuelle Medien*, KOM(2004) 154 endgültig, Brüssel.

The Copenhagen Centre and Ashridge Centre for Business and Society (2001): *Government as Partners - The Role of Central Government in Developing New Social Partnerships -The Findings from seven European Countries*. <http://www.copenhagencentre.org/sw1611.asp>, gelesen am 02.04.2004.

The Copenhagen Centre and CSR Europe (2000): *For an Entrepreneurial and Inclusive Europe*. [http://www.copenhagencentre.org/graphics/CopenhagenCentre/Publications/For an Entrepreneurial and Inclusive Europe 12 Proposals for Actio.pdf](http://www.copenhagencentre.org/graphics/CopenhagenCentre/Publications/For%20an%20Entrepreneurial%20and%20Inclusive%20Europe%2012%20Proposals%20for%20Actio.pdf), gelesen am 03.04.2004.

Utting, P. (2004): *New Approaches to TNC Regulation: The Potential and Limits of Multistakeholder Initiatives*, in: Brühl, Tanja/ Feldt, Heidi/ Hamm, Brigitte u.a. (Hrsg.): *Unternehmen in der Weltpolitik*, (im Erscheinen).

Websites

Allgemein

Carl Bertelsmann-Preis: <http://www.carl-bertelsmann-preis.de>, gelesen am 07.04.2004.

Commission on Human Rights: <http://www.unhchr.ch>, gelesen am 30.04.2004.

European Business Campaign for Corporate Social Responsibility (CSR Campaign): <http://www.csrcampaign.org>, gelesen am 14.04.2004.

Global Corporate Governance Forum: <http://www.gcgf.org/about.htm>, gelesen am 20.04.04.

Global Reporting Initiative (GRI): <http://www.globalreporting.org/>, gelesen am 02.04.2004.

Max Havelaar Stiftung Schweiz: <http://www.maxhavelaar.ch/>, gelesen am 20.04.04.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): <http://www.oecd.org/home/>, gelesen am 02.04.2004.

Scoris: <http://www.scoris.de/leistungen.htm>, gelesen am 02.04.2004.

Sustainable Investment Research International Ltd. (SiRi Company): <http://www.siricompany.com>, gelesen am 03.04.2004.

Transfair e. V.: <http://www.transfair.de>, gelesen am 16.04.2004.

Trigos: <http://www.trigos.at/>, gelesen am 02.04.2004.

Triple Bottom Line Conference (TBLI): <http://www.tbli.org>, gelesen am 03.04.2004.

United Nations Global Compact (GC): <http://www.unglobalcompact.org/Portal/Default.asp>, gelesen am 31.03.2004.

Weltbank: <http://www.worldbank.org/wbi/corpgov/csr/>, gelesen am 30.04.2004.

Großbritannien

Emerging Africa Infrastructure Fund: <http://www.emergingafricafund.com/first.htm>, gelesen am 16.04.2004.

International Business Leaders Forum: <http://www.pwblf.org/csr/csrwebassist.nsf/webprintview/flc2a3f4.html>,
gelesen am 05.04.2004.

Public Procurement UK: <http://www.ogc.gov.uk>, gelesen am 02.04.2004.

Royal Institute of International Affairs: <http://www.riia.org>, gelesen am 08.04.2004.

Small Business Service: <http://www.sbs.gov.uk/>, gelesen am 08.04.2004.

Niederlande

Institute of Business Ethics: <http://www.ibe.org.uk/links.html>, gelesen am 06.04.2004.

Raad voor de Jaarverslaggeving: <http://www.rjnet.nl>, gelesen am 21.04.2004.

Schweden:

Nordic Partnership: <http://www.nordicpartnership.org/>, gelesen am 10.04.2004.

Swedish Partnership for Global Responsibility (Globalt Ansvar):
<http://www.utrikes.regeringen.se/inenglish/policy/ga/index.htm>, gelesen am 12.04.2004.

SwedWatch: <http://www.swedwatch.org>, gelesen am 05.04.2004.

Europa

European Sustainable and Responsible Investment Forum: *Welcome to Eurosif the European Sustainable and Responsible Investment Forum.* <http://www.eurosif.org/>, gelesen am 02.04.2004.